

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigepaltene Beilage oder deren Raum 30.

Verbandskollegen! Das Beitragsjahr geht bald zu Ende. Erfülle jeder vorher seine Pflicht!

Inhalt: Das Baugewerbe in Berlin. — Politische Unischa. — Maurerbeziehung: Streiks, Aussperrungen, Nachregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Von der Agitation. Berichte. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus Unternehmerrufen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Erinnerungen an eine ernste und schwere Zeit.

Das Baugewerbe in Berlin.

(Kritische Betrachtungen zu den Gutachten im „Zentralblatt für das Baugewerbe“.)

II.

Die bis jetzt geschilderten Bauten werden wohl zumeist von den als Gutachten aufgetretenen Baumeistern selbst oder von ihresgleichen aufgeführt oder beaufsichtigt. Wenn die Herren für diese Bauten ihre Gutachten abgeben, so können sie sich wohl stützen auf Tatsachen, auf das, was sie selbst beobachtet haben. Anders liegt es mit den Gutachten für die übrigen Bauten. Ich behaupte, daß die Gutachten, soweit in ihnen für alle Privatbauten und insbesondere für die Spekulationsbauten eine solide Herstellung behauptet wird, unrichtig und mindestens objektiv unwarhaft sind. Ja ich behaupte, den Herren ganz entschieden das Recht, Gutachten abzugeben über Dinge, die sie aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Wenn aber, wie im vorliegenden Falle, solche Gutachten als maßgebend der Öffentlichkeit vorgelegt werden, so ist das ein Unfug, der nicht scharf genug verurteilt werden kann. Man frage doch einmal die Maurer, welche die Dinge nicht nur aus zeitweiliger, sondern aus fortgesetzter eigener Anschauung kennen! Die „Gutachter“ können, selbst wenn sie einen Bau regelmäßig jede Woche ein oder mehrere Mal kontrollieren, gründliche Erfahrungen kaum sammeln. Denn meistens wird die Ankunft solcher Herren den Maurern vom Posten rechtzeitig signalisiert, und selbst auf dem größten Marktbau wird während ihrer Anwesenheit besser gearbeitet als sonst. Jeder Maurer weiß ja, daß, wenn er für solch gestrenge Herren Anlaß zu einem Mühsal haben kann. (Wie auch andererseits die Furcht vor Entlassung oft die besten Maurer selbst zur Pflugscharbeit oder zu ihrer Duldung verführt.) Und die auf solche Weise kontrollierenden Herren sind ja meist so vertrauensselig, oder die hier gefengene Praktiken sind ihnen so unbekannt, daß sie solch unsaubere Manipulationen wohl kaum vermuten, geschweige denn dieselben bei ihrer nur vorübergehenden Anwesenheit bemerken.

Auf den meisten Privatbauten und wohl auf fast allen Spekulationsbauten fehlt aber überhaupt so gut wie jede Kontrolle. Das wissen die Herren Gutachter ganz genau. Und um ihr famoses Gutachten trotzdem auch auf diese Bauten ausdehnen zu können, muß als Unterlage die „außerordentlich gewissenhaft ausgearbeitete Baupolizeibehörde“ herhalten. Ach diese Baupolizeibehörde! Warum denn die diversen Unternehmer, Streikmänner, Spekulationen usw., um diese Verordnung einzufallen? Oder wird nicht vielmehr in unzähligen Fällen versucht, die Vorschriften, wenn es nur irgend möglich ist, zu umgehen? Als ob für diese Bauten sachkundige, gut informierte Organe da wären, die diese Verordnung und die Ausführung der Arbeiten fortwährend überwachen! Glaubt man denn, daß die Polizei das kann? Die Maurer

glauben das nicht! Die Maurer wissen von unzähligen Verstößen gegen die Regeln der Baukunst, von denen die Polizei ebensoviele Ahnung hat, als die Herren Gutachter des „Zentralblatt“. Glaubt man denn, daß durch eine glatt vollzogene Rohbaubahnahme der Beweis erbracht ist für die Solidität des Baues? — Die Maurer wissen, daß das absolut nicht der Fall ist! Sie wissen, wie gerade die schlechtesten Bauten zur Rohbaubahnahme am meisten herausgeputzt werden, wie tagelang verschmiert und verkleistert wird, und wie auf diese Weise eine gar nicht vorhandene Solidität vorgegaukelt wird. Wie wäre es denn sonst möglich, daß ein Bau, der zweimal vorchriftsmäßig abgenommen war, und an dem die Herren Abnehmenden fast keine Mängel gefunden hatten, kurz vor dem Bezugstermin einzustürzen drohte, so daß er abgebrochen und neu unterfangen werden mußte? Und wollen vielleicht einige der Herren Gutachter glauben machen, daß die paar bekannten, in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit gekommenen Fälle die einzigen sind, wo gegen die Regeln der Baukunst verstoßen, wo im schlimmsten Sinne des Wortes gemauert worden ist? Ach, wenn die Herren Abnehmenden sich doch nicht blenden lassen wollten von der berühmten Berliner Schnittfuge, den faulen gegesen und gebetteten Etagen, der genau nach der Zeichnung gefertigten Architektur usw., wenn sie statt dessen die Solidität des Grundes, der Struktur der Mauer, der Verankerung des Trägematerials usw. prüfen wollten, sie würden staunen über die Geisteslosigkeit, die da oft zu Tage käme. Ich bin überzeugt, daß sogar die Gutachter des „Zentralblatt“, wenn ihnen die tatsächlichen Verhältnisse bekannt wären, weit mehr als die Hälfte solcher Bauten für nicht einwandfrei erklären würden. Aber den Herren genügt, wie gesagt, das Vorhandensein der Baupolizeibehörde zu ihrer Behauptung von der Solidität dieser Bauten. Nur Ausnahmen gibt man zu, aber vielmehr: man muß sie zugeben. Sie lassen sich ja nicht leugnen, weil sie offen vor aller Augen liegen.

Ich behaupte nun umgekehrt: von den Berliner Spekulationsbauten können eher die als die als Ausnahmen bezeichnet werden, die völlig einwandfrei und durchaus solide hergestellt werden, während die große Mehrheit derselben mehr oder weniger minderwertig ist. Schon die Arbeitsweise auf diesen Bauten macht eine solide Ausführung derselben unmöglich. Wenn von Alfordmaurern und sogenannten „Witben“ in den verhältnismäßig schwachen Mauern eines Wohnhauses pro Mann und Tag 1200, 1500, ja unter Umständen 2000 Steine verpackt werden, so kann von einem den Regeln der Baukunst Rechnung tragenden Maurer keine Rede mehr sein. Das ist eben ein Verpacken, bei welchem außer dem nach außen wirkenden „Berliner Schnitt“ auf nichts mehr Rücksicht genommen werden kann. Der Kalk wird nur halb oder fast gar nicht zurechtgemacht, so daß er eine Bindekraft gar nicht erst erlangt. Auf den notwendigen inneren Verband wird selbst bei Pfeilern keine Rücksicht genommen, sondern einfach Stein auf Stein und Fuge auf Fuge hochgemauert. An Kalk wird möglichst gespart, indem im Inneren der Mittelwände, Giebel usw. die Steine so gut wie trocken verpackt werden. Größere Lücken werden, statt mit Steinen, einfach mit Kalk und Steinschutt ausgefüllt. An den Bogen usw. wird nicht besser gearbeitet, und es ist kein Wunder, daß insbesondere die Sturzbögen der Fenster oft schon bald nach ihrer Fertigstellung große Risse zeigen.

Wenn dann solch leichtfertige, ja gewissenlose Maurer noch unter der „Aufsicht“ eines ebenso verblumten Politikers

stehen; wenn der Kalk, anstatt ihn mit Zement zu mischen, mit schwarzer Erde vermischt, unter die Träger flüchtig Eisenplatten mit Erde bedeckene Dachziegel oder — wie das schon vorgekommen sein soll — gar Schalbreter gelegt werden, wenn schließlich keine Rücksicht auf eine künftige Verankerung genommen wird, dann ist alles heineinander, um das „Handwerk zu heben“. Ein so hochgemauertes Bauwerk braucht deshalb noch lange nicht einzustürzen — fatal ist es ja meist zwischen anderen, oft ähnlichen eingestürzt! Die den Rohbau abnehmenden Herren brauchen auch von alledem nichts zu merken, da sie ja ins Innere der Mauern nicht sehen können.

Die Herren Gutachter mögen solche Tatsachen nicht kennen. Wenn aber die Berliner Maurer mal in großer Zahl erzählen würden, was sie über diese und vielleicht noch ganz andere Dinge wissen, dann würden wohl die Herren Gutachter staunen über das, was im Berliner Baugeschehen möglich ist — trotz der berühmten, so „gewissenhaft“ ausgearbeiteten Baupolizeibehörde.

Es ist naderhand bekannt, daß es in Berlin Maurer genug gibt, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, auf solchen Marktbauten überhaupt zu arbeiten, solange ihnen noch irgend ein anderer Ausweg bleibt. Gehen sie trotzdem auf solche Bauten, so werden sie, wenn sie nicht nach kürzester Zeit wieder entlassen werden, in der Regel einzeln an die kniffligsten Arbeiten gestellt, wo sie mit ihrer Soliden und dafür etwas längeren Arbeitsweise die Rolle nicht „anstehen“ können. Herr Schmitt hat behauptet, er habe die Erfahrung gemacht, daß die Leistung von Leuten, die rasch und mit Eifer und Liebe arbeiten, immer besser sei, als die eines langsamen Arbeiters. In einzelnen Fällen mag das zutreffen, nämlich insoweit, als einzelne Arbeiter an und für sich minderwertig sind. Wenn der Herr Gutachter aber damit sagen will, daß mit der steigenden Quantität auch die Qualität der Arbeit besser werde, so widerspricht diese Behauptung so sehr der Erfahrung und den Gesetzen der Logik, daß ich darüber weiter kein Wort verliere.

Herr Heuer behauptet, daß die Bauausführung bis zur Rohbaubahnahme auf Spekulationsbauten besser sei, als die nachfolgenden Ausbauarbeiten. Ich bin umgekehrt davon überzeugt, daß die Ausbauarbeit zwar durchaus nicht immer einwandfrei, im allgemeinen aber auf diesen Bauten verhältnismäßig weit besser ist, als die Rohbaubauarbeit. Das ist um so erklärlicher, wenn man bedenkt, daß diese Ausbauarbeit in erster Linie fürs Auge geschaffen wird, daß sie dazu beitragen soll oder muß, die in Wahrheit oft fehlende innere Solidität vorzutäuschen, einen günstigeren Eindruck zu machen usw. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob Herr Heuer diese Bemerkung nur machte, weil ihm sein Gefühl sagte, daß ihm selbst das große Publikum keinen Glauben schenken würde, wenn er auch die Ausbauarbeit allgemein als solide bezeichnen würde.

Ueber die Behauptung, die Arbeitsleistung sei in Berlin gegen frühere Jahrzehnte im Durchschnitt gesunken, will ich mir kein Urteil erlauben; aber bemerken muß ich, daß unsere älteren Kollegen ganz allgemein das Gegenteil behaupten. Und diese letztere Behauptung scheint mir persönlich aus den verschiedensten Gründen weit mehr Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, als die Behauptung der Herren Gutachter. Schon die verschiedenen sich widersprechenden Ansichten der Gutachter beweisen, wie wenig sich die Öffentlichkeit auf die Behauptungen der Herren verlassen kann.

Zum Schluss bemerke ich noch, daß ich mit vorstehendem nur zu den Gutachten im allgemeinen meine kritische Mei-

nung sagte, und mich deshalb nicht chronologisch an die vorgelegten Fragen hielt. Denn ich dabei keine konkreten Fälle anführte, so braucht daraus Niemand zu schlußfolgern, daß ich dazu nicht in der Lage bin. Ich bin vielmehr, falls das notwendig sein sollte — durchaus bereit, das Gegenteil nachzuweisen. A. E.

Politische Umsturz.

Der Kaiser amüsiert sich. — Wilton als schlechter Sekundant. — Radob, eine fürchterliche Demagogie für den Arbeiter. — Angelegter Kaiser. — Für müdernde Umstände. — Worte, Worte, keine Taten! — Appell an Volk. — Sozialdemokratische Verfassungsanträge. — Die Arbeitslosigkeit.

Allgemein, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, hat es Mißfallen erregt, daß sich der Kaiser, während der sehr heißen Tage nicht in Berlin aufhielt. Während all' dieser Tage der Einbruch der Erfüllungen des Kaiser-Imperiums und ihrer Konsequenzen stand, befand sich Wilhelm II. erst in Ostpreußen und dann in Donaueschingen bei einem hohen kaiserlichen Freund als Jagdhof. Gewisse Festungen haben es sich nicht entgehen lassen, geistlich zu berichten, wieviel Mühe er zur Errede gebracht hat und wie sich die hohen und höchsten Herrschaften amüsiert haben. Auch dem Grafen Zeppelin hat er einen Besuch am Bodensee abgelehnt, um dessen kaiserlichen Vassal zu betrachten und den gemalten Mann mit einem Orden auszuzeichnen. Dann hat sich Wilhelm II. nach Köln zur Reichstagsfeier begeben. Dort hat sich ihm am Montag der Reichstagspräsident Kaiserin eingeladen, ihm ihm „Vortrag“ zu halten. Jedenfalls wird sein kaiserlicher Herr auch ihm einen Vortrag gehalten haben. Der Kaiser soll sich höchst ungehalten darüber geäußert haben, daß Wilton ihm nicht gegen die im Reichstage erstellten Angriffe verteidigt hat. Daß der Kaiser keine Reden gehalten haben muß, das nicht zu tun, steht außer Zweifel. Seine Stellung ist sicher schwer erschwert, sein Abgang nur noch eine Frage sehr kurzer Zeit, zumal ihn auch die Konventionen in den Kassen gefallen sind. Die kaiserliche, ihm, daß er im Reichstage seiner Pflicht, der Kaiser zu verteidigen, nicht genügend entsprochen habe. Die konteraktive Stipulation kündigt wieder einmal die alte und rechte monarchische Gesinnung. Mit hochachtungsvollen Begrüßungen sucht sie auf den Kaiser einzumischen, um ihn als Staatsreiter zu empfangen. Man nennt schon einige Personen, die das Glück haben könnten, als Nachfolger Wiltons in Betracht zu kommen. So unter anderem ein Generalmajor v. Löwenfeld, der als besonderer Günstling des Kaisers gilt. Weiterer Väter denken, daß diesen Herrn die große Gabe eigen sei, den Kaiser durch guten Humor auszuweichen zu umschalten, dornig, auf das Kancanlangen soll Herr v. Löwenfeld sich ganz vorzüglich verstehen.

Die Verfügungen der süddeutschen Bundesstaaten sollen sich auflösen, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß das persönliche Regiment Wilhelms II. aufhöre. Es wird sich in bald zeigen müssen, ob diese durch die Tagespresse gehende Mitteilung begründet ist. Jedenfalls ist die innerpolitische Kritik noch lange nicht überwunden.

Die allgemeine Erregung hat nach einer erheblichen Steigerung erfahren durch die entsetzliche Grubenkatastrophe von Radob, der 360 Bergleute zum Opfer gefallen sind. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Schuld an diesem Unglück auf schwere Mängel im Verste der Hütte Radob zurückzuführen ist. Das schlimme Ereignis hatte sehr bedeutende politische Begleiterscheinungen. Es ist ganz natürlich, daß der Verdrissene im Reichstag eine heftige Erregung und Erbitterung bewirkt hat. Der preussische Prinz Eitel Friedrich, der auf dem Unglücksplatze, um im Auftrag des Kaisers über die Katastrophe Informationen einzubringen und dem Kaiser darüber Bericht zu erstatten. Als der Prinz eintraf, wurde er von einer unbekannten Menge mit den schärfsten Ausdrücken empfangen. Der Reichstagspräsident, Arbeiterkontrollanten, empfangen, Friedrich v. Hüder, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, hielt eine Ansprache an das erregte Volk. Er wurde jedoch von den erregten Zuhörern der Volksmenge unterbrochen, so daß er keine Rede halten konnte. Von der Wut des Volkes wurden die Bergarbeiter Rohn, Lewandowski und Pilsgrum bedroht, bei dem Festen vorstellig zu werden, was die Genannten auch ausführten.

Dem „Vorwärts“ wird darüber aus Hamm berichtet: Die drei Demonstranten wurden zunächst von den internen Beamten zurückgehalten. Sie drangen jedoch zu einem höheren Beamten vor, der sie fragte, was sie wollten. Dem wurde geantwortet, daß sie auf Verlangen der Kameraden die Wünsche der Bergarbeiter vom Prinzen vorbringen wollten. Nach einigen weiteren Fragen ließ man sie vor. Nachdem sie sich dem Prinzen vorgestellt, fragte sie, weshalb, was ihre Wünsche waren. Genosse Pilsgrum antwortete ihm: „Erlaube mir, königliche Hoheit, zu sagen, daß wir von der Masse des Volkes gezwungen sind, zu fragen: was gedenkt königliche Hoheit zu tun, um die Erregung des Volkes zu beschwichtigen?“ Genosse Hüder führte dann weiter aus, daß die Bergleute auf Grund dieses schweren Unglücks in Hamm wiederholt rufen müßten: „Ger mit dem Bergarbeiter!“ Die Bergleute verlangen ein einheitliches Reichsgesetz zur Arbeitergesetzgebung. Ferner beharren sie bei der Forderung, die seit Jahrzehnten gestellt haben: Arbeiterkontrollanten aus den Reihen der Bergleute anzustellen. Nur dann ist die Möglichkeit gegeben, eine wirksame Kontrolle der Gruben durchzuführen zu können.

Prinz Eitel Friedrich antwortete hierauf: Ich habe diesen schweren Unglücksfall und kann nur sagen, daß ich meinem Vater diese Ihre Wünsche sofort mitteilen werde mit der Hoffnung, daß sie auch erfüllt werden. Darauf verabschiedete er die vorstellig gewordenen Bergleute, indem er ihnen die Hand reichte. Der Prinz sah sehr ausgegült aus, jedenfalls infolge der nicht erwarteten friedlichen Zusage. Er mußte seine Abfahrt infolge dieses Zwischenfalles um eine halbe Stunde verlängern. Unter die Ruhe nach Bergarbeiterhändeln schied sich auch der Ruf: „Wut! Wut!“ und gegen die Verwaltung wurde wiederholt der Ruf „Massenwörter!“ geschrien.

Nach weiteren Mitteilungen hat die hocherregte und erregte Menge schließlich die Marschallstraße angeht und verlangt, daß die schwarze Fahne ausgehängt werde. Der Regierungsverpräsident versuchte vergeblich eine Ansprache zu halten. Die Stimmenflut der Masse überstimmte seine Worte.

Heßraß, auch im Auslande, hat das furchtbare Unglück einen tiefen Eindruck gemacht. Der Kaiser und der Prinzregent von Bayern sandten Beileidtelegramme. Der Präsident der französischen Republik, Fallières, richtete an den Kaiser eine Kundgebung, in der es heißt:

„Frankreich hat nicht die Sympathie vergessen, die bei der Katastrophe von Courrières die deutschen Grubenarbeiter und die französischen Grubenarbeiter bewiesen haben, und ebensowenig den Heroismus, mit dem die Bergleute Westfalens den französischen Kameraden zu Hilfe eilten. Um so tiefer mußte unsere Bewegung sein, als wir von dem furchtbaren Unglück im Radob-Schacht hörten. Wir fühlen von ganzem Herzen den Schmerz mit, der Deutschland so grausam getroffen hat.“

Daß die Arbeiterklasse aller Länder vom tiefsten Mitleid erfüllt ist, und, wenn nötig, auch wertvolle Hilfe für die Hinterbliebenen der Verunglückten mit leisten wird, bedarf wohl kaum der Erwähnung. So war die verfloßene Woche für Deutschland in untrüblicher Hinsicht eine sehr ernste und trübsame.

Die von den weitesten Volksschichten mit begreiflicher Spannung erwarteten „großen Tage“, an denen der Reichstag Gericht zu halten hatte über Kaiser und Kanzler, sind vorüber. Am 10. und 11. November gelangten die Interpellationen über die Kaisergespräche zur Verhandlung. Der Angeklagte, Reichstagspräsident Fürst Wilton, war in Begleitung sämtlicher Staatssekretäre erschienen.

Die ersten Reden zur Interpellationsbegründung waren der nationalliberale Abgeordnete Wasserbaum und der Freisinnige Dr. Wemer. Beide Herren waren von dem Verhalten geistig, Kaiser und Kanzler möglichst zu schonen. Sie beklagte die Vorgänge, die zu den Interpellationen geführt haben, ließen es aber an wirklich scharfer und gewandter Kritik fehlen. Insofern Beileidigung des persönlichen Regiments forderten sie „konstitutionelle Garantien“, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vor dem Reichstage etc. — Forderungen, die früher schon öfter von der sozialdemokratischen Fraktion erhoben worden sind, ohne daß sie die Unterstützung der bürgerlichen Parteien gefunden hätten. Das Unwissen sämtlicher Redner dieser Parteien war: „Es muß etwas geschehen“. Aber was geschehen muß, um dem herrschenden unethischen System ein Ende zu machen, darüber sprachen sie sich nur sehr unvollkommen aus. Vom

Kaiser wünschten sie „mehr Zurückhaltung“ und vom Fürsten Wilton „mehr Aufrichtigkeit und Borsicht“ in der Behandlung der auswärtigen Politik.

Es war bei diesen Verhandlungen das erste Mal, daß sich die Partei der Reichstags nicht an dem alten unethischen Brauch hielt, die parlamentarischen Abschlüsse nicht in die Debatte zu ziehen. Wie dieser parlamentarischen Abschlüsse nicht jetzt gebrochen werden, wenn die Verhandlungen überhaupt einen Sinn und einen Zweck haben sollten. Doch die Reiter der bürgerlichen Parteien von dem Rechte, mit der Kritik auch vor der „allerböhschen Person“ nicht halt zu machen, einen sehr eingeschränkten und milden Gebrauch machten, kann nicht wundernehmen. Auch es ihnen doch darauf an, ihm ihre monarchische Gesinnung zu bekunden und zugleich dem Vater des „allerböhschen Herrn“, dem Fürsten Wilton, ihres weiteren Vertrauens zu versichern.

Der Interpellationsredner der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Singer, brachte die Verhandlungen auf die gebührende sachliche und kritische Höhe. Er ging mit Kaiser und Kanzler gleichermassen scharf ins Gericht. Von der Behauptung des Kaisers, daß die mittleren und unteren Schichten des deutschen Volkes, also die arbeitenden Klassen, „England feindlich gesinnt seien“, sagte der Redner, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen geradezu ins Gesicht schlägt. Stets sei die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie eifrig für die Freundschaft mit England und allen anderen Kulturstaaten eingetreten. Gestützt auf diese im Volke ja in der ganzen Welt bekannte Tatsache, war der sozialdemokratische Redner vollumfänglich gegen die betreffende Behauptung des Kaisers einen energiegelassen Protest zu erheben. Seine Kritik richtete sich dann hauptsächlich gegen das ganze System des persönlichen Regiments und der feierlichen Reichspolitik, die beständig nicht nur ungebührliche Geldopfer erfordert, sondern auch die Gefahr des Krieges in sich schließt. Diefem Regiment und dieser Politik kann man mit Ministerverantwortlichkeitsgesetz und anderen damit zusammenhängenden konstitutionellen Garantien allein nicht beikommen. Es muß vor allen Dingen dem Kaiser das Recht, über Krieg und Frieden zu bestimmen, durch eine Verfassungsänderung entzogen und der Volkswelt übertragen werden. Diese im Programm der Sozialdemokratie enthaltene Forderung erhob Singer sehr nachdrücklich. Und er zog auch die Konsequenzen: nicht eher soll der Reichstag an die Erledigung der Reichsfinanzvorlage herantreten, als die Regierung einwilligt in die Gewährung aller für die Verwirklichung des persönlichen Regiments notwendigen konstitutionellen Einrichtungen.

Nachdem der Junke v. Heydebrand das Lob des Kaisers als eines von „aufrichtiger Vaterlandsliebe“ erfüllten pflichttreuen Mannes gefungen, nahm Fürst Wilton das Wort zu seiner und des Kaisers Vernehmung. Er versuchte, die Kaisergespräche „richtig zu stellen“, konnte aber nicht umhin, sein „schmerzliches Bedauern“ über deren Veröffentlichung auszusprechen und den Wunsch auszudrücken, der Kaiser möge sich künftig „auch in seinen Reden gegenüber diejenige Zurückhaltung auferlegen, die für eine einheitliche Politik und für die Autorität der Krone eine unerlässliche“ sei. Auf die von den Rednern gemachten Bemerkungen über das persönliche Regiment und die durch seiner Vernehmung erhobenen Forderungen ging der sehr niedergebückte Kanzler mit keinem Worte ein.

Auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Paasche, wurde die Verprechung der Interpellationen einstimmig beschlossen. Es sprachen in der Diskussion noch Redner aller Parteien. Die der Volksparteien blieben sich streng an die Ausführungen ihrer Interpellationsredner. Der Wortführer des Zentrums, Abgeordneter Freiherr v. Hertling, verlas eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Das deutsche Volk muß verlangen, daß der Reichstagspräsident den Willen und die Kraft besitzt, dem Kaiser gegenüber denjenigen Einfluß zur Geltung zu bringen, ohne welchen seine staatsrechtliche Verantwortlichkeit jegliche Bedeutung verliert.“

Das ist so nichtssagen wie nur möglich. Dann bereitete der Abgeordnete Riebermann v. Sonnenberg von der bürgerlichen Fraktion seinen konteraktiven Freunden und dem Kaiser schweren Schimmer, indem er sagte, man könne die Ausführungen Singers Wort für Wort unterfressen: es müßte auch von den übergeleiteten Monarchisten einbald eine deutliche Sprache angeschlagen werden.

Der konteraktive Abgeordnete Freiherr v. Camp tadelt diese Kritik Riebermanns sehr scharf und jammerte über die „unantastbaren Arbeiter, die dem Kaiser so viel verdanken!“ Aus den Reihen der Sozialdemokraten erlöste der Ruf: „Schimpfwörter haben sie ihm zu verdanken!“ Camp wies die Forderungen der Linken nach konstitutionellen Garantien entschieden zurück unter der maßlos dummen und unwahren Motivierung: ein parlamentarisches Regime sehe „in Widerspruch

Erinnerungen an eine ernste und schwere Zeit.

Am 21. Oktober waren 30 Jahre verfloßen seit dem Tage, an dem im Deutschen Reich ein überaus schändliches Ausnahmengesetz, das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Kraft trat. Es ist wohl der Rühre wert, an diese Tatsache und an die sie begleitenden und begleitenden Umstände zu erinnern. Aus kleinen, unheimlichen, von vielen ihrer Gegner verpöhteten und verhöhnten Anfängen heraus hatte die Sozialdemokratie als wirkliche Arbeiterpartei binnen dreihalbzigjähriger kurzer Zeit sich entwickelt zu einem politischen Machtfaktor. Ihr stetig zunehmender Einfluß auf die Massen des Proletariats, ihr stetiges Anwachsen hatte die herrschenden Klassen und Parteien und die ihnen verbündeten reaktionären Gewalten mit schwerer Sorge erfüllt. Schon seit etwa der Mitte der vierziger Jahre waren diese Faktoren ganz offen mit ihrem Wunsch und ihrem Willen hervorgetreten, die sozialdemokratische Bewegung, die die Arbeiterbewegung, gegen die eine sogenannte geistige Bekämpfung, d. h. eine Bekämpfung mit dem Waffens der Lüge und Verleumdung, sich erfolglos erweisen, schließlich zu unterwerfen. Staatsgewalt, Polizei, Justiz und Unternehmern hatten diesem Streben nach Niederwerfung, nach Vernichtung der Arbeiterbewegung heftig entgegengetreten. Um ein Wort zu sagen, das die ausnahmsweise rechtliche Verengung der Reichstagswahl, der Reichstagswahl, ein Wort zu setzen. Der Reichstag fand sich bald. Ein notdürftig verdrückter Mensch, der Klempner Gabel, wurde am 11. Mai 1878 gelegentlich der Wahlprüfung des Reichstags im Reichstag aus einem Wahlbezirk als ein Vertreter auf den Kaiser gewählt. Für

dieses „Attentat“ machte man die Sozialdemokratie verantwortlich. Von Gabel, der erwiegenemmaßen gar keine klare politische Überzeugung hatte, der sowohl der christlich-sozialen Partei des Herrn Stöcker wie der national-liberalen Partei sich dienstbar zu machen bemüht gewesen war, behauptete man, er sei durch die „Freiheiten der Sozialdemokratie“ zum Attentat gemacht worden. Sofort beklagte die preussische Regierung ihre Absicht, ein Ausnahmengesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausbreitungen zu fassen. Schon am 20. Mai 1878 ging dem Reichstage der Entwurf eines solchen Gesetzes vor, aber es fand sich eine Mehrheit, die noch soviel Gerechtigkeit und Gerechtigkeitssinn hatte, dieses Gesetz abzulehnen.

So schien die Reaktion das Ziel verloren zu haben. Da kam ihr ein anderer, notorisch maßgebiger Mensch, Rablitz, mit einem unzweifelhaft wirklichen Attentat zu Hilfe; ein von ihm abgefeuerter Schuß verlegte den Kaiser schwer. Die ungeheure Aufregung, die daraus entstand, benutzte die Reaktion in gewissenhafter Weise, auch für die Tat dieses Maßgebigen die Sozialdemokratie als verantwortlich hinzustellen. Der Reichstag, der das Gabel-Gesetz abgelehnt hatte, wurde aufgelöst in der öffentlichen Meinung, eine andere, der Regierung gesagte Mehrheit zu bekommen. Dieser Zweck wurde auch erreicht; unter Ausübung des denkwürdigen Wahlrechtsmissbrauches, die die frühere Mehrheit zu sprengen, und den Widerstand, der sich in den liberalen Parteien gegen eine Ausnahmengesetzgebung gezeigt hatte, zu brechen. Dem neuen Reichstage, der sofort nach Vernehmung der Stichwahlen zusammentrat, wurde ein neues Ausnahmengesetz unter dem Titel: „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zum Beschluß vorgelegt. Dieses

Gesetz kam denn auch nach sehr erregten Debatten am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen zu Stande. Durch die Begründung des Entwurfs und die Ausführungen der Regierungsvertreter und der Redner der reaktionären Parteien wurde die Sozialdemokratie gebrandmarkt als „eine Partei des gewalttätigen Umsturzes“, die fürderhin nicht beanspruchen könne, auf dem Boden der Gleichberechtigung behandelt zu werden. Dummer und schamloser ist im politischen Kampfe wohl kaum jemals gelogen und verleumdet worden gegen eine zum Opfer brutaler Verengungspolitik ausgelegene Partei. Die Sozialdemokratie wurde hingestellt als eine Ausgeburt aller Schlichtheit und Schandhaftigkeit. Bereits zwei Tage nach der entscheidenden Beschlußfassung, am 21. Oktober 1878, trat das Ausnahmengesetz in Kraft.

Es wurde durch dieses Gesetz der Polizei eine schier maßlose Willkür sowohl gegen die politischen wie gegen die gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen der Arbeiter eingeräumt. Die Polizei erlangte das Recht, Organisationen dieser Art ohne weiteres zu unterdrücken, Versammlungen zu verbieten, der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterpresse gründlich den Garaus zu machen, den sogenannten „kleinen Lagerungsanstalt“ über bestimmte Bezirke oder Ortskapfen zu verhängen und Sozialdemokraten oder solche Personen, die sozialdemokratische Gesinnung verdächtig, dem Gaus und Gerd zu treiben, sie auszuweisen. Schwere Strafen waren in dem Gesetz vorgesehen.

So war denn die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeiterklasse geradezu vogelfrei. Die wirkliche Tendenz des Schandgesetzes war ja, die selbständige Arbeiterbewegung unmöglich zu machen. Zunächst wurde Berlin und später Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Stettin

Nordenham Mauer an und schiden sie dann nach den Metallwerken, und auch der Arbeitsnachweis in Bremerhaven darf bei dieser Gelegenheit nicht fehlen, auch er tut in der Beschaffung von Streikbrechern seine Schuldigkeit. Auf mehrfache Vorstellungen bei den Vorständen des Arbeitgeberverbandes erwiderte Herr Wena nur, daß es ihm leid tue, nichts dagegen machen können, weil sie den Arbeitsnachweis mit den Industriellen in dem Bezirk zusammenführen. Wir halten das für eine leere Ausrede; jedenfalls ist auch dies ein Beweis, wie wenig die Tarifkommission bei den Unternehmern Wurzel gefaßt hat. Neben dieser Nichtachtung der tariflichen Anstandsregeln ist das Veranlassen der Streikbrecher die veritable Erbsünde. Erst kürzlich wurden in Bremen wieder 17 Berliner Mauer abgefangen, die auf dem Wege nach den Metallwerken waren. Es gelang uns, wenn auch nur unter großen Opfern, die meisten von ihnen zurückzuhalten; vier sind trotz unserer Vorstellungen nach den Werken abgereist. Wir warnen davon, jetzt in das Gebiet unseres Hauses zu kommen, da die Arbeitslosigkeit sehr schlecht ist.

Gau Köln.

Ein großer Vertragsbruch der Bauunternehmer in Viersen! Herr Schmiedehaus und seine Kumpane suchten in der letzten Zeit alle kleineren Differenzen, die an einzelnen Plätzen entstehen, selbst wenn der Sachverhalt noch gar nicht feststeht, als großen Vertragsbruch der Arbeiter in die Welt zu posaunen. Deshalb hat dies tun, für den Eingeweihten leicht erklärlich: die Herren wollen mit ihrem Vertragsbruchgeschäft die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem vertragswidrigen Verhalten ihrer Gefolgshäufen ablenken. In den Kreisen des Vereins mit dem langen Namen ist der Vertragsbruch heute an der Tagesordnung. Es vergeht kein Tag, wo nicht aus dem einen oder anderen Orte ein Vertragsbruch eines oder mehrerer Mitglieder des Unternehmerbundes gemeldet wird. Dabei verfahren die Unternehmer nach dem Spruch: „Und gößt Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“, wer ihren Anweisungen nicht folgen will, den werfen sie erbarmungslos auf die Straße. Eine Anzahl solcher Attentate auf das Vertragsverhältnis haben wir bereits veröffentlicht; einige Dutzende sind noch auf Lager. Wenn wir je den Fall im „Grundstein“ darlegen wollten, müßte er doppelt so stark erscheinen.

Beschränken wir uns darum auf die Mitteilung der größten Verfehlungen. In Viersen wurde im Mai 1908 ein Vertrag für Mauer und Bauführerarbeiten, zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Viersen und Umgebung einerseits und unserem sowie dem Bauführerarbeiterverband andererseits abgeschlossen. Der Vertrag hat Gültigkeit vom 20. Mai 1908 bis zum 1. April 1909. Er sieht eine stufenweise Steigerung der Löhne und Bezahlung der Arbeitszeit vor. Am 1. April 1908 mußte der Lohn um 3 % steigen, und zwar für Mauer von 50 % auf 53 %; für Bauführer von 40 auf 43 %. Die Unternehmer weigerten sich nun in diesem Jahre die Lohnsteigerung eintreten zu lassen. Herr Hansen, der 1908 im Auftrage sämtlicher Firmen und nach vorheriger Beratung mit allen Unternehmern den Vertrag unterzeichnete, erklärte auf Verlangen der Arbeiter, er könne sich nicht mehr an den Vertrag, da die anderen Firmen auch nicht mehr daran mit zu tun haben wollten. Eine Beschwerde beim Verein der Arbeitgeberverbände wurde mit folgender Mitteilung beantwortet:

An die Bauleitung usw.

Zufolge Ihres Beschwerdebereichens in Sachen Viersen haben wir uns an den Verband M. Gladbach gewandt. Es geht uns heute von demselben die Mitteilung an, daß Ihnen von dort aus bereits direkte Nachricht übermittelt worden ist. Hiermit dürfte die Angelegenheit für uns erledigt sein.

Gochachingen u. u.

S. Schmiedehaus.

Für uns war die Angelegenheit damit natürlich noch nicht erledigt. Da der M. Gladbacher Arbeitgeberverband unserem Zweigvereinsangehörigen beim Vorkellwerden erklärt hatte, das ginge sie nichts an, so wandte sich der Gewerksverband an den M. Gladbacher Arbeitgeberverband.

Die Viersener Bauunternehmer gebeten zum Teil heute dem Gladbacher Verbande als Mitglieder an. Hieraus erhielten wir nun am 7. November von Herrn Hansen folgendes Schriftstück:

Durch den Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu M. Gladbach wurde mir Ihr Schreiben vom 21. Oktober, betreffend Vertragsverletzungen bezüglich der Lohnsätze, übermittelt. Ich habe daselbe dem Viersener Unternehmer zur Kenntnisnahme und Aufklärung eingekandt und wird nunmehr auf diesseitigen Wunsch am Samstag, den 7. d. M., im Restaurant „Quaden“, abends 8 Uhr, eine Versammlung zur Beprechung der Angelegenheit einberufen, wozu ich Sie im Namen der übrigen Unternehmer freundlich einlade.

Gochachingen S. Hansen.

Wir waren wie gewöhnlich pünktlich zur Stelle, Herr Hansen auch. Um 8 1/2 Uhr kam dann ein zweiter Unternehmer und kurz nach 9 Uhr hatten wir dann auch ein halbes Dutzend Unternehmer zur Stelle, von denen allerdings einer wieder fortlief, weil er keine Zeit hätte. Nunmehr wurde uns bedeutet, wir müßten die Herren einen Augenblick allein lassen, da man sich untereinander erst aussprechen müsse, und als man uns dann nach einer halben Stunde wieder einließ, erklärte Herr Hansen im Auftrage der anderen Herren: „Die Arbeitgeber von Viersen hätten 1908 den Vertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß der in der Bildung begriffene Arbeitgeberverband zu Stande käme. Diese Voraussetzung habe nun nicht erfüllt, die Gründung sei unterblieben, und deshalb habe der Vertrag keine Gültigkeit. Sie, die Herren Arbeitgeber, seien nicht an den Vertrag gebunden.“ Wir trauten unseren Ohren kaum, als wir diese Erklärung hörten. Man verzogeknarrte sich den Sachverhalt: Die Arbeiter treten im Frühjahr in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern den Erzfelder Lohn, 53 %, und zehnteilige

Arbeitszeit. Geahnt wurden 44 bis 46 % bei zehnteiliger bis elfstündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer erklärten sich bei persönlicher Rücksprache bereit, in Verhandlungen einzutreten, und Herr Hansen läßt die Einladungen ergehen. Die Herren „Arbeitgeber“ von Viersen sind vollständig zur Stelle. Herr Hansen als Vorsitzender eröffnet die Verhandlungen und teilt mit, daß sich die Unternehmer organisiert hätten; er, Hansen, sei als Vorsitzender gewählt. Wir einigen uns nach längeren Verhandlungen auf einen Vertrag, der sofort 46 % bei zehnteiliger Arbeitszeit, und vom 1. April 1907 an bei zehnteiliger Arbeitszeit 50 %, und vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 53 % vorsieht, für Bureau des Herrn Hansen geschrieben und unterschrieben, und der Friede ist im Baugewerbe wieder eingekehrt. Das heißt, auf unserer Seite war die Annahme des Vertrages noch mit Schwierigkeiten verknüpft. Die Mauer und Bauführerarbeiten waren gut organisiert, Arbeitslosigkeit war reichlich vorhanden, und da verlangten viele Kollegen energisch einen höheren als den für 1908 festgestellten Lohn. Nur durch unseren großen Einfluß, den wir auf die jungen Mitglieder ausübten, gelang es uns, die Kollegen zur Annahme der Bedingungen zu bewegen. Wir wollten die eigene Organisation nicht gleich vor eine solche Belastungsprobe, wie sie der Streit ist, stellen; auch nahm die neu gegründete tarifliche Zählstelle mit einer, wenn auch nur kleinen Mitgliederzahl eine sehr zweifelhafte Stellung ein. (Die Christlichen wollten nur 50 % fordern, ihnen war die Forderung von 53 % zu unheimlich, wie ihr Zählstellenvorsitzender in einer Sitzung mit uns erklärte.) Wäre auf Stimmung zum Kampf gegeben, höchstwahrscheinlich wäre dann 1909 schon ein höherer Lohn erreicht worden. So machten wir unseren Kollegen begreiflich, daß ja nach dem Vertragsbruch die Forderung, wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit, erfüllt würde, und man um das Fehlende doch nicht die Opfer eines vielstündigen Kampfes auf sich nehmen sollte. Mit einer solchen Gewinnung der Unternehmer hätten wir nicht gerechnet und konnten wir auch nicht rechnen. Den Unternehmern haben wir in der Sitzung vom 7. November d. J. dies alles auseinandergelegt, ihnen auch gesagt, daß sie verpflichtet waren, uns schon im Jahre 1908 mitzuteilen, daß ihr Verband nicht zu Stande gekommen sei und daß deshalb die Voraussetzung nicht erfüllt sei, auf Grund deren sie den Vertrag abgeschlossen hätten. Nebenbei bemerkt: uns ist von einer solchen Voraussetzung nie etwas gesagt worden. Das ist wahrscheinlich erst in der allerletzten Zeit ausgebrochen worden. Tatsächlich haben die Viersener Unternehmer 1908 und auch 1907 nach dem Vertrage arbeiten lassen und auch die Löhne regelrecht bezahlt. Erst in diesem Frühjahr, als die allgemeinen Vertragsverhandlungen im Gange waren, die von den Unternehmern in Rheinland-Westfalen auf der Grundlage strikter Verweigerung einer Lohnsteigerung und der beabsichtigten Verschlechterung der bestehenden Arbeitsbedingungen geführt wurden, da schienen diese Erörterungen auf die nunmehr dem M. Gladbacher Arbeitgeberverband angehörenden Viersener Unternehmer eingewirkt zu haben. Und ist es heute begreiflich, daß Mitglieder eines Arbeitgeberbundes, dessen Vorsitzender Beder von dem Hauptkatalogen der Gladbacher Zentrumsvereinigungen, Siebels, erfährt, daß die Christlichen auf Lohnsteigerungen verzichten, wie dies von Herrn Beder in neuester Zeit bestätigt wird, nun auch keine Lust mehr zur Zahlung weiterer Erhöhungen haben, selbst wenn das in einem Vertrag festgelegt ist. Eine Formel für den Vertragsbruch ist, wie Figuren oben zeigt, für die Unternehmer leicht gefunden. Daß hierbei das Vertrauen in die Ehrlichkeit der Unternehmer vollständig zum Teufel geht, das scheinen die Viersener Unternehmer und ihre Hintermänner wohl nicht zu bedenken. Wir können nur das eine sagen: wenn sich der Verein der Arbeitgeberverbände, der überall seine Nase hineinsetzt und mitredet, wo es sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt, wenn sich dieser Verein machlos zeigt, wo es sich darum handelt, daß seine Mitglieder abgeschlossene Verträge nicht halten, dann dürfen sich die Herren nicht wundern, wenn wir später mit gleicher Münze heimzahlen. Eine größere Gemeinschaft gibt es nicht, als wenn ich in einem Augenblick, wo die Wirtschaftslage den Gegner hindert, keine Wuchtmittel anzuwenden, mein auf Treu und Glauben gegebenes Versprechen breche. Das ist Vorkleppermanier, die, wenn sie Boden gewinnt, eine friedliche Regelung der Arbeitsbedingungen illusorisch macht. Wollen die Herren das, uns soll es recht sein. Gilt ihr Wort nicht mehr als ein Hauch, den man wegwischt, wenn er einem nicht mehr gefällt, dann preisen wir auch in guten Zeiten auf ihre Verträge, wir kommen dabei auch nicht schlechter fort als unter den jetzigen Umständen.

Gau Ostfriesland.

In Vaugen ist eine bereits vom 25. Februar 1908 datierte, aber erst Ende Oktober d. J. ausgehängte Arbeitsordnung vom „Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe zu Vaugen“ herausgegeben worden. Daß diese Arbeitsordnung bereits im Februar fertig war, aber erst Ende Oktober zur allgemeinen Kenntnisnahme der Bauarbeiter auf den Arbeitsstätten ausgehängt wurde, hat wohl seinen Grund darin, daß die Vaugener Unternehmer eine scharfe Opposition der Bauarbeiter, sowohl gegen eine derartige Arbeitsordnung beabsichtigen, als zu einer Zeit, wo die Arbeit zur Menge geht, nicht mehr in dem Maße möglich ist. Diese Arbeitsordnung vertritt gegen die bekannten Abmachungen vom Frühjahr 1908 zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen des Vaugeneres. In dem Vertragsanhang heißt es im § 10, letzte Zeile des Wortes: „Arbeitsordnungen dürfen den Vertragsbestimmungen nicht zuwiderlaufen.“ Das tut aber die Vaugener Arbeitsordnung, indem es in ihrem § 1 heißt:

„Diese Arbeitsordnung gilt (mit Ausnahme des § 4) auf allen Arbeitsstätten der Mitglieder des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Ortsverband Vaugen und Umgebung, im Stahl- und Eisgerätschaftsbereich Vaugen.“

Der § 4 bestimmt den Lohn. Durch die Ausschaltung dieses Paragraphen im § 1 wird der Lohn nur für die Stadt Vaugen festgelegt; für das ganze große ländliche Gebiet des Amtsgerichtsbezirks ist demnach keinerlei Lohnregelung getroffen worden. Die Absicht dieser Unterlassung geht dahin, der Willkür

bei der Lohnzahlung außerhalb der Stadt Vaugen Tür und Tor zu öffnen. Und wie steht nun der § 4 selbst aus? Dort heißt es:

„Der Stundenlohn beträgt — bis auf weiteres — für einen tüchtigen Mauer 42 %, Zimmerer 42 %, Bauführer 38 %. Befindet sich die Arbeitsstätte in Orten der Umgebung von Vaugen, in denen ein anderer Lohlsatz als der oben genannte ersichtlich ist, so haben die dort angeworbenen Leute nur Anspruch auf einen Lohn.“

Geht also ein Mauer, Zimmerer oder Bauführer von Vaugen auf eine Arbeitsstätte dieser unbegrenzten Umgebung, so ist er nach der bezeichneten Bestimmung dort angeworben und ist der „ortsüblichen“ Willkür des Lohngebers unterworfen. Die Einschaltung des Wortes „tüchtige“ beruht direkt gegen das vereinbarte Vertragsmuster. Dieser Einschaltung liegt die unüberwindliche Absicht zu Grunde, wie in dem ländlichen Gebiet, so auch in der Stadt Vaugen, die alte Willkür bei der Lohnzahlung wieder durchzuführen. Ein weiterer Verstoß gegen das Vertragsmuster als Arbeitsordnung und auch gegen die protokollierten Erklärungen im § 9 dieser famosen Arbeitsordnung enthalten, wo es heißt:

„Sofortige Entlassung auf der Arbeitsstätte ist bei sofortiger Entlassung verboten.“

Die Worte „bei sofortiger Entlassung“ sind unzulässig. Was verlangt denn nun die Vaugener Unternehmerorganisation zur Herausgabe einer derartig einseitig diktierten sogenannten Arbeitsordnung? Nichts weiter als das Streben, der Bauarbeiter die ihr gutes Recht, mit zu bestimmen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wieder zu entreißen. Ihr seid erkannt, ihr Herren, ihr seid mit den X-Strahlen unserer Organisation vom Scheitel bis zur Sohle durchleuchtet. Unsere Kollegen werden auf dem Poßen sein!

Gau Hannover.

In Minden ist eine Lohnreduzierung abgemacht worden: Der Unternehmer Habel kündigte kürzlich seinen Leuten an, daß vom 2. November an der Lohn der Bauführerarbeiten reduziert werden solle, und zwar von 35 % auf 30 % pro Stunde. Die Vertreter der Organisation wurden bei Herrn Habel vorgeführt, es wurde aber nichts. Herr Habel wollte die große Arbeitslosigkeit, die nun einmal herrscht, zu seinen Gunsten ausnützen. Dies Vorgehen war aber der Anfang einer allgemeinen Lohnreduzierung, wie folgendes Schreiben des Baugewerksamts zu Minden zeigt:

Minden, 4. November 1908.

Herrn Contr. Lühner.

Es haben sich in letzter Zeit mehrfach Mauer und Arbeiter zu bedeutend geringerem Lohn, als für Minden und Umgebung vereinbart ist, angeboten und werden auch beschäftigt. Die Konkurrenz seitens auswärtiger Unternehmer mit billigeren Arbeitskräften nimmt immer mehr zu. Wir sehen uns darum genötigt, auch den Lohn für neuangestellte Mauer und Arbeiter herabzusetzen.

Hochachtung E. König.

Baugewerksamt E. König.

Uns ist nicht bekannt, daß in Minden organisierte Kollegen zu geringeren als den tarifmäßigen Löhnen arbeiten. Wo dies aber der Fall gewesen ist, dort haben wir die betreffenden Unternehmer gezwungen, die tariflichen Löhne weiter zu bezahlen. Am 6. November nun fand eine gemeinschaftliche Versammlung der Mauer und Bauführer statt, die sich mit den Maßnahmen der Unternehmer befaßte. Die Versammlung war sehr stark besucht und wahrte sich mit Nachdruck gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Zugleich beauftragte sie die Verhandlungen, beim Baugewerksamt Verhandlungen nachzuführen. In der Unterhandlung mit dem Vorsitzenden der Unternehmer, Herrn G. Niemann, debattierte dieser, daß das Schriftstück in der Weise abgefaßt worden sei; er habe es in einem anderen Sinne abgefaßt haben wollen. Betreffs der Lohnreduzierung versprach er, daß dieser nicht stattgegeben werde; daß vielmehr der alte Lohn weitergezahlt werden sollte. Zu diesem Zweck wollte er in den nächsten Tagen eine Versammlung der Unternehmer einberufen. Des weiteren wurde uns mitgeteilt, daß sich auch Herr Habel verpflichtet hätte, den alten Lohn weiter zu zahlen. Dies der Verlauf der Verhandlung. Bestritten kann nicht werden, daß eine Lohnreduzierung beabsichtigt war; denn das ging aus den Ausführungen des Herrn Niemann klar und deutlich hervor, indem er sagte, es hätten sich Leute zu einem niedrigeren Lohn angeboten und es würden auch Leute zu niedrigeren Löhnen beschäftigt. Es müßten hier andere Maßnahmen ergriffen werden, denn sonst sei es nicht konkurrenzfähig. Die Unternehmer hätten uns lieber die Namen der Kollegen nennen sollen, die unter dem tarifmäßigen Lohn arbeiten. Oder sind es vielleicht Arbeiter der „christlichen“ Organisation? Die Kollegen werden hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch die feste Organisation und durch das geschlossene Vorgehen die Lohnreduzierung abgewehrt werden ist. Das beweist besser als alle weiteren Worte die Notwendigkeit der Organisation gerade in diesen schlechten Zeiten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Krankenunterstützung. Der 30. November ist der letzte Tag, für den Krankenunterstützung gezahlt wird. Wer über den 28. November (Wochenlohn) hinaus noch krank ist, hat also nur noch für einen Tag, den Montag, Unterstützung zu beziehen.

Beitragszahlung. Am 5. Dezember, mit dem Schluß der 49. Kalenderwoche, geht das Beitragsjahr 1908 zu Ende. Die statutarische Nachzahlung für den 40. Wochenbeitrag läuft im nächsten Falle bis zum 6. Februar 1909. Alle Mitglieder werden aber dringend ersucht, davon keinen Gebrauch zu machen, sondern die Beiträge pünktlich zu zahlen, damit sie bei etwaiger längerer Arbeitslosigkeit nicht in die schlimme Lage kommen, alle erworbenen Rechte verlustig zu gehen.

Einigen Fällen berichtet, daß Kollegen dringend davon abrieten, ihnen den „Grundstein“ ins Haus zu bringen. Wenn die genannten Umstände in Betracht gezogen werden, so kann der Versammlungsbefuch (wieber mit einigen Ausnahmen) als befriedigend gelten. Die Ausnahmen waren Sagan, Pirchberg und Rastau. In diesen Orten hätte der Besuch bedeutend besser sein dürfen. Mit dem Vortrage und seinem Inhalt waren die Kollegen zufrieden. Eine Diskussion darüber fand in den meisten Orten nicht statt. In Glogau, Liegnitz, Pirchberg und Sagan erläuterte sich die Diskussionserreiter mit dem Vortragsredner voll einverstanden. In Glogau erklärte ein Kollege, er sei im Frühjahr mit der Kritik bei der Lohnbewegung nicht einverstanden gewesen, sehr aber jetzt ein, daß die Zeitung richtig gehandelt habe. Wilsch wurde der Wunsch geäußert, daß öfter solche Agitationsversammlungen arrangiert werden möchten. Einzelne Orte scheinen von arger persönlicher Zänkei heimgegriffen zu sein. In diesen gehören Sagan, Glogau und besonders Rastau. Es ist bedauerlich, daß selbst in alten Organisationen, und dazu gehört Wilsch, die Zänkeien das ganze Vereinsleben vergiften können. Als besonders ernstlich kann bezeichnet werden, daß selbst in Schlefien die Schandspott im Versammlungsbesuch ist. In diesen Orten wurde während der Versammlungen nur der Feiertag. Wer in Schlefien aufgewachsen ist, und noch vor einem Jahrzehnt die Dinge beobachtet konnte, dem muß dieser erfreuliche Fortschritt sofort auffallen. Im ganzen kann gesagt werden, daß die Versammlungen im Gau Götlich ihren Zweck erfüllt haben.

R. Dörner.

Gau Hamburg.

Die Agitation erstreckte sich auf die Zweigvereine Lübeck, Ludwigslust, Ravensburg, Seefeld, Hacht, Gärburg, Alt-Rahlstedt, Segeberg, Uetersen, Stade, Dammoo, Hamburg, Altona, Euxhafen, Lüneburg und Helzen. Die meisten der besuchten Orte leiden unter der allgemeinen schlechten Baukonjunktur. Nur in Seefeld, Altona, Rahlstedt, Hamburg, Euxhafen und Uetersen ist die Lage als mittelmäßig zu bezeichnen. In einigen Orten, u. a. in Lübeck, ist die Bautätigkeit gerade im Herbst ganz bedeutend zurückgegangen. Hierdurch war natürlich die Stimmung unter den Kollegen im allgemeinen gedrückt, und auch der Versammlungsbefuch litt darunter. Hierzu kommt noch, daß sich die meisten Zweigvereine über größer ländliche Gebiete erstrecken und daß diese Mitglieder auf dem Lande wohnen, die deshalb, namentlich an Wochentagen, die Versammlungen nicht besuchen. Im Durchschnitt waren noch nicht 25 p. Ct. der Mitglieder in den Versammlungen anwesend. Prozentual am besten besucht war die Versammlung in Euxhafen, dann folgen Uetersen, Stade, Lüneburg, Segeberg und Helzen. Am schlechtesten besucht war die Versammlung in Dammoo, wo sogar der Vortrag ausfallen mußte. Bei den Revisionen stellte sich heraus, daß in einigen Zweigvereinen die Eintragungen im Klassenbuch und im Mitgliederverzeichnis außerst mangelhaft waren. In einem Falle waren fast zwei Jahren keine Eintragungen mehr im Klassenbuch erfolgt. Auch der Arbeitsnachweis der Organisation, den ganzen Umruß über die ausgedehnten Verhältnisse auf die leitenden Kollegen abzuwälzen, machte sich in einigen Vereinen bemerkbar. Es war dies namentlich in Orten der Fall, wo vorübergehende Lohnbewegungen nicht ganz nach dem Wunsche einzelner Kollegen ausgefallen waren, oder auch hier nicht in den Versammlungen, sondern am Rastplatz. Gefragt muß aber auch werden, daß in allen Fällen die Vorstandsmitglieder schon solche Beweise von den betreffenden Kollegen für ihre Verdächtigkeit verlangte, wurde mit erwidert: „Ja, das wird hier so auf den Baustellen erzählt.“ Statt solchen Gerüchten auf den Grund zu gehen, wie man von aufrechten Kollegen erfragen müßte, werden sie auf den Baustellen mit Behagen weiter verbreitet, natürlich zum Schaden des Verbandes. In einigen Vereinen scheint es auch an der nötigen Agitation für die Versammlungen gemangelt zu haben; denn in einem Orte wurden die Flugblätter des Hauptverbandes erst in der Versammlung den Anwesenden mitgeteilt. In anderen Vereinen scheinen persönliche Unstimmigkeiten unter den Vorstandsmitgliedern die notwendige Agitation zu hemmen. Eine Diskussion über den Vortrag hat in keiner einzigen Versammlung stattgefunden. Die beste Stimmung und Begeisterung für den Verband schien mir noch in den jüngeren Zweigvereinen vorhanden zu sein, während ich gerade von den Orten mit alten, gestifteten Organisationen erwartete, daß das Vertrauen zum Verbande durch die wirtschaftliche Krise nicht erschüttert sei. Das Umgekehrte scheint jedoch der Fall zu sein.

G. Kahl.

Der nördliche Teil dieses Gaus, in der Hauptsache die Provinz Schleswig-Holstein, war das Agitationsgebiet, das mir bei der Oktober-Agitation dieses Jahres ausgefallen war. Große Städte außer Kiel sind nicht darin. Unter Kiel folgt Flensburg mit etwas über 50 000 Einwohnern; alle anderen Versammlungsorte zählen zwischen 2000 und 20 000 Einwohner, bis auf Holsenau, dessen Zweigvereinsgebiet sich aus mehreren kleinen Orten zusammensetzt. Unsere Organisation in diesem ganzen Bezirk ist sehr gut; mit nur wenigen Ausnahmen sind alle Berufs-Kollegen Mitglieder unseres Verbandes, zahlen regelmäßig ihre Beiträge und stehen bei Lohnbewegungen und dergleichen vollständig ihren Mann. Und zwar ist es nicht nur die in der Stadt wohnhaften Kollegen, die organisiert sind, nein, auch die in den Landorten anwesenden Maurer gehören ebenfalls dem Verbande an. Wenn mir diese Tatsache nun schon vorher bekannt war, wenn ich wußte, daß man in Schleswig-Holstein fast nur mit organisierten Kollegen zu rechnen hat, so konnte ich natürlich auch einen verhältnismäßig guten Versammlungsbefuch voraussehen. Allein darin habe ich mich gründlich getäuscht. Im ganzen hat nur ein Sechstel der Verbandsmitglieder an den Versammlungen teilgenommen, jedenfalls ein Prozent, der auf das tiefste besetzt werden muß. Wohl muß berücksichtigt werden, daß stets ein Teil der Mitglieder durch Familienverhältnisse, Krankheit,

Arbeitslosigkeit, Abwesenheit vom Versammlungsort usw. vom Besuch der Versammlung abgehalten ist; aber will man dies auch für ein Viertel der Mitglieder annehmen, so bleibt die Tatsache bestehen, daß der Besuch der Versammlungen in keinem richtigen Verhältnis zu der Zahl der Mitglieder steht. In einigen Orten war die Versammlungsbefuchung nicht gut besorgt worden, man hatte sich einfach auf die Bekanntmachung im „Grundstein“ verlassen. Daß dies aber nicht genügt, zeigte dann der mangelhafte Besuch der Versammlungen. So waren z. B. in Hadersleben, wo der Zweigverein 180 Mitglieder zählt, wovon etwa 100 am Orte wohnen, nur 20 erschienen, in Neumünster von 170 Mitgliedern ganze 24. Am besten waren noch die Versammlungen in den kleinen Orten besucht, so in Wismar mit 18 bei 54 Mitgliedern, in Wismar mit 19 bei 57 Mitgliedern, in Neudorf mit 24 bei 75 Mitgliedern, in Holsenau mit 18 bei 59 Mitgliedern, in Schleswig mit 21 bei 70, in Rendsburg mit 27 bei 72, in Rendsburg mit 32 bei 120 Mitgliedern. In den übrigen Orten war die Teilnahme an den Versammlungen sehr gering. Es erschienen in Elmshorn von 130 Mitgliedern nur 24, in Flensburg von 250 nur 50, in Sondernburg von 210 nur 35, in Hesebe von 187 nur 33, worunter sich noch eine Anzahl Angehöriger anderer Berufsstände. In Wismar waren trotz der Verbreitung von Handzetteln am Sonntag nachmittags nur 21 von 151 Mitgliedern erschienen. Bei dem abends stattfindenden Versammlungen wird sich zweifellos eine größere Anzahl eingefunden haben. In Kiel nahmen von 1300 Mitgliedern 150 an der Versammlung teil. Der Besuch der Versammlungen war also auf der ganzen Linie recht schlecht und daher mußten alle Anstrengungen gemacht werden, um in Zukunft einen besseren Versammlungsbefuch herbeizuführen. Einen Vorschlag möchte ich machen, und zwar dahingehend, die Versammlungen direkt nach Feierabend abzuhalten. Man denke sich in die Verhältnisse einmal richtig hinein. Im Oktober ist schon um 6 oder 6 1/2 Uhr Feierabend. Den auf dem Lande wohnenden Kollegen kann man es nicht zumuten, bis 8 oder gar 9 Uhr auf den Beginn der Versammlung zu warten, diese sind also ohne weiteres vom Versammlungsbefuch abgehalten. Die in der Stadt anwesenden Mitglieder dagegen sind von der Arbeit nach Hause und kommen dort um 6 oder 6 1/2 Uhr an. Es folgt dann das Abendessen und eine mehr oder weniger lange Unterhaltung mit den Familienangehörigen. Dann nimmt der Kollege eine Zeitung in die Hand und wenn er dann vielleicht eine Stunde gelesen hat, dann kommen die Sandmännchen und streuen ihm den bekannten Sand in die Augen, und bis es dann Zeit zum Schlaf ist in der Versammlung wäre, ruht er bereits so sanft, daß es tatsächlich viel Selbstverleumdung kostet, fest noch durch die kalte Luft den Weg zur Versammlung zu finden. Frau, Kinder und Großmutter tragen teilweise auch noch dazu bei, den Kollegen dabei zu behelfen, und aus dem Versammlungsbefuch wird nichts. So erklärte ich mir den schlechten Versammlungsbefuch in dem gut organisierten Schleswig-Holstein, und wüßte deshalb, daß einmal mit dem von den Kollegen überlieferten Brauche, mit der Versammlung erst um 8 1/2 oder 9 Uhr zu beginnen, gebrochen wird. Werden die Versammlungen direkt vom Bauplatz aus besucht, und wird ihre Dauer nicht allzusehr ausgedehnt, so dürfen wir wohl auf besseren Besuch rechnen. Im übrigen verlieren alle Versammlungen in besserer Ordnung; besonders die Vorstandsmitglieder sind nicht zu vergleichen. In Kiel trat ein Kollege für die Arbeitslosenunterstützung ein, er fand aber mit seinen Ausführungen keinen Anklang. Im allgemeinen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Schleswig-Holsteiner Maurer einen festen und dauernden Verbandteil unseres Verbandes bilden, mit dem das Unternehmertum ernsthaft zu rechnen hat.

Heinrich Stolle.

Gau Hannover.

Das von mir bereifte Gebiet trägt einen kleinstädtischen Charakter. Die Krise hat hier nicht so verheerend gewirkt als in den Großstädten. Von den 17 Orten, die ich besuchte, haben 9 eine, noch gute, 4 eine mittelmäßige und nur 4 eine schlechte Bautätigkeit. Die Kollegen, die in den Orten mit schlechter und mittelmäßiger Bautätigkeit keine Beschäftigung im Baubetrieb finden, sowie die aus den Großstädten zurückkehrenden Kollegen haben Arbeit in anderen Erwerbszweigen (im Kaufmanns- und Steinbrüchen), wenn auch zu geringeren Löhnen, gefunden. Der Versammlungsbefuch war im Durchschnitt zufriedenstellend. Schlecht besuchte Versammlungen hatte ich nur in drei Orten, wo die Kollegen durch die Kartoffelernte von der Teilnahme abgehalten wurden: In sechs Orten war der Versammlungsbefuch mittelmäßig und in acht Orten gut. Die Stimmung für die Organisation ist in den einzelnen Zweigvereinen sehr verschieden. Zweigvereine mit großen ländlichen Bezirken klagen durchweg über Interesslosigkeit der auf dem Lande wohnenden Mitglieder. Dagegen haben rein ländliche Zweigvereine das größte Interesse für die Aufgaben ihrer Organisation bewiesen. In den Orten mit mehr städtischem Charakter findet man unter den Kollegen viele Dürdeberger. Vor allem befinden sich die Kollegen in Holzminden in trauriger Verfassung. Diese Erscheinung fällt jedem fremden Kollegen, der nach Holzminden kommt, sofort auf. Die Bauten machen einen verödeten Eindruck: Schutzgerüste und Baugänge sind höhlige Dörfer, die Klüppeln sind mangelhaft, und was man für Baubuden und Aborte hält, hat auf diese Bezeichnung kaum einen Anspruch, wenn solche Sachen nicht überhaupt fehlen. Und dies alles trotz einer noch nicht sehr alten Bauordnung. Dieser Zustand erhält noch eine besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Holzminden die älteste Bauergewerkschaft beherbergt. Den Schülern dieser Anstalt werden dadurch am allerwenigsten gute Wege für ihr Leben gewiesen. Die Kollegen, die in den einzelnen Orten die Geschäfte der Zweigvereine zu erledigen haben, waren durchweg von Strebsamkeit durchdrungen, und so kann man hoffen, daß diese Agitationsstour zum Wohle des Verbandes beitragen wird.

Wilhelm Schulz, Posen.

Ueber die von mir in den nachstehenden Zweigvereinen des Gaus Hannover betriebene Agitation kann ich viel Erreichtes nicht berichten. Gleich die erste Versammlung

in Herford war sehr schlecht besucht, von 134 Kollegen waren 31 zur Versammlung gekommen. Noch schlechter war es aber am selben Tage nachmittags in Detmold, dort konnte die Versammlung nicht stattfinden, weil nur 7 Kollegen anwesend waren. In Bielefeld hätte die Versammlung auch besser besucht sein müssen. In Bielefeld waren von 182 Kollegen 22 in der Versammlung. Besser war es in Osnabrück. In Münster waren 53 von 557 Kollegen erschienen. Auch den Hannoverischen Kollegen ist zu empfehlen, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, auch dort waren nur 34 Kollegen anwesend. Einmalig war der Besuch, waren die Versammlungen in Osnabrück und Seelen, es waren ziemlich zwei Drittel der Mitglieder in der Versammlung. In Hildesheim war die Versammlung schlecht besucht; in Göttingen, Münden (Gannover), Langelsheim und Goslar besiegelt. Die Versammlung in Braunshweig war von 340 Kollegen besucht, was man bei 845 Mitgliedern auch nicht gerade besonders gut finden kann. Dasselbe trifft auf Hildesheim zu. Die Versammlung in Hameln wurde auf den 22. Oktober verlegt, weil die Kollegen glaubten, sie würde besser besucht, wenn sie gleich nach Feierabend abgehalten würde. Meine letzte Versammlung in Hildesheim (Byrmon) war ziemlich gut besucht, von 60 Mitgliedern waren 40 Kollegen anwesend. Die Prüfung der Karte und der Mitglieder-Verzeichnisse konnte nur in wenigen Zweigvereinen stattfinden, dort habe ich alles in Ordnung gefunden. So hat mich die Agitation nicht befriedigt; ich hatte geglaubt, daß die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit unsere Kollegen in Massen in die Versammlungen treiben würde, um sich über die wahren Gründe der Krise und ihre Begleiterscheinungen zu informieren. Leider ist das nicht in dem Maße geschehen, wie es geschehen müßte.

Johann Thabor.

Gau Leipzig.

Die Wahnehrungen, die ich bei Gelegenheit dieser Agitationsstour machen mußte, zeigen, wie schwer das Baugewerbe auch in dieser Gegend gegenwärtig unter der Krise zu leiden hat. In fast allen Zweigvereinen das gleiche Bild: Große Arbeitslosigkeit. In einzelnen Orten, wo ein besonderer Mangel an Bautätigkeit nicht eingetreten ist, leiden die Kollegen ebenfalls unter den Folgen der Krise: Infolge des Lohnerückganges von Arbeitskräften aus anderen Orten. Es ist dies eine ganz natürliche Erscheinung und die Kollegen sind auch vernünftig genug, die Lohnerückgänge nicht als Konjunktur, sondern als Lebensgefahr zu betrachten. Getrieben durch den Mangel an Arbeitsgelegenheit, haben manche Kollegen vorläufig dem Maurerhandwerk den Abschied gegeben, um ihr Brot mit anderer Beschäftigung zu verdienen. Ausländer haben größtenteils den Arbeitsort bereits verlassen und sind in ihre Heimat abgereist. Unter diesen Umständen ist es auch begreiflich, daß allerorts der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig ließ. In Lützen war die Versammlung nicht stattfinden, da an diesem Tage kein Fest zur Verfassung stand. In Halle war die Versammlung von 60 Kollegen besucht. Es herrschte dort sehr große Arbeitslosigkeit; sehr viele Kollegen sind arbeitslos. Die Versammlung in Merseburg war ebenfalls von 60 Kollegen besucht. Die Konjunktur ist nicht besonders schlecht, doch ist der Zugang sehr stark, so daß man sich heimlicherseits schwer Arbeit zu finden vermag. In Braunschweig waren 30 Kollegen in der Versammlung anwesend. Die Zahl der beschäftigten Maurer ist dort um circa zwei Drittel gegenüber dem vorigen Jahre zurückgegangen. Die Versammlung in Weissenfels war von 24 Kollegen besucht. Die Kollegen klagen darüber, daß die Bewegung unter dem Einflusse der Aufhebung der gelegentlich des dortigen Kampfes zu Streikbrechern wurden, noch heute schwer zu leiden hat. Infolge Arbeitslosigkeit müssen die meisten organisierten Kollegen auswärts arbeiten. In Leipzig war die Versammlung von 98 Kollegen besucht. Die Organisation ist auf ausgebaut. Die Konjunktur ist nicht besonders schlecht, aber doch schlechter als im vorigen Jahre. Die Versammlung in Bitterfeld war von 50 Kollegen besucht. Auch dort herrscht bedeutende Arbeitslosigkeit. Von circa 300 Beschäftigten sind 270 organisiert. In Leipzig ist die Konjunktur gut, das Wohlbefinden und der Eifer der Kollegen jedoch sehr schlecht. Nur acht Mann hatten es der Mühe wert gefunden, zur Versammlung zu erscheinen. Zur Versammlung in Chemnitz waren 140 Kollegen erschienen. Die Stimmung ist sehr klar; gegenüber dem vorigen Jahre sind 300 Kollegen weniger beschäftigt. In Limbach ist die Konjunktur gut, jedoch gibt es infolge zu großen Zuganges ebenfalls Arbeitslose. In der Versammlung waren von circa 200 Beschäftigten 50 Mann anwesend. Die Versammlung in Burgkadi war von 46 Kollegen besucht. Die Konjunktur ist schlecht; von circa 300 Maurern sind nur 200 beschäftigt; nicht organisiert sind etwa 40 Mann. In Bad Liebenwerda ist die Konjunktur für die Versammlung erschienen. Die Konjunktur ist als mittelmäßig zu bezeichnen, jedoch sind gegen das Jahr 1907 circa 25 Kollegen weniger beschäftigt. Auch in Köthen ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, wenn auch die Konjunktur nicht gerade als schlecht zu bezeichnen ist. In der Versammlung waren 34 Kollegen anwesend. Die Versammlung in Bielefeld war von 60 Kollegen besucht. Die Konjunktur ist schlecht, hat sich jedoch seit dem Frühjahr etwas gebessert. Auch in Leipzig ist die Konjunktur sehr klar. Direkt Arbeitslose sind jedoch nicht vorhanden, da viele Kollegen abgereist sind, andere in anderen Berufen Arbeit gefunden haben. In der Versammlung waren 47 Kollegen anwesend. Wie aus vorstehendem hervorgeht, war der Besuch überall recht mäßig. Es ist auch begreiflich, daß die Versammlungen durch die herrschende Arbeitslosigkeit beeinträchtigt wurden, so sind trotzdem die Klagen der verschiedenen Zweigvereinsverwaltungen keineswegs ungerecht, nach denen der Eifer und das Interesse vieler Mitglieder sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die faulen Kollegen vergessen dabei, daß gerade zur Zeit der Krise eine gesunkene, schlafgertige Organisation eine unabsehbare Notwendigkeit ist.

G. Darr.

Gau Lübeck.

Im ganzen wurden 17 Versammlungen abgehalten. Der Besuch war im allgemeinen mangelhaft, nur einige Städte machten eine Ausnahme. In Lübeck waren 12 und in Rostock 16 Kollegen anwesend. In beiden Orten wurde die ungünstige Zeit als Entschuldigung angeführt. Die Kollegen waren alle auf dem Felde bei der Kartoffelernte. Mit der Arbeit ist es an beiden Orten schlecht bestellt; die meisten Kollegen arbeiten auf dem Lande. In Schwerin hatte ich auf eine gute Versammlung gerechnet. Es waren aber nur 20 Kollegen erschienen. Die Stimmung war infolgedessen sehr gedrückt. Auch über große Arbeitslosigkeit wurde geklagt; viele Kollegen arbeiten außerhalb. Das alles entschuldigt aber nicht den schlechten Versammlungsbesuch, denn nach meinen persönlichen Beobachtungen arbeiten immer noch über 1000 Maurer in Schwerin. Wenn die Arbeitslosigkeit nicht so groß wäre, hätte der Besuch schon etwas besser sein können. In Wischitz waren 42 Kollegen anwesend. Die Stimmung war hier besser. Arbeitslose Kollegen waren am Orte nicht vorhanden, jedoch sollen diese Kollegen arbeitslos sein. Die Versammlung in Lübeck war von 270 Kollegen besucht, die den Vortrag mit großer Aufmerksamkeit anhörten. In den letzten Wochen macht sich auch hier Arbeitslosigkeit bemerkbar; 180 bis 200 Kollegen sollen arbeitslos sein. Auch in Radburg und Radeburg wurde über Arbeitslosigkeit geklagt. Die Versammlungen waren im ersten Orte von 20, im letzteren von 35 Kollegen besucht. Nach Lage der Verhältnisse kann dieser Besuch zufriedenstellend genannt werden. Ein schlechter Versammlungsbesuch war in Reuditz i. S. und in Cuxin zu verzeichnen. In Reuditz waren 12 Kollegen erschienen. Diese hörten den Vortrag mit großer Aufmerksamkeit an und auch die Stimmung dieser zwölf war gut. Der schlechte Versammlungsbesuch wurde auf die große Arbeitslosigkeit zurückgeführt; die meisten Kollegen arbeiten außerhalb und kommen des Abends nicht zurück. In Cuxin waren nur drei Kollegen erschienen; nicht einmal der Vorsitzende war da. Dies zeigt doch einen großen Arbeitsmangel, wenn man bedenkt, daß der Zweigverein 150 Mitglieder hat und davon allein 50 in Cuxin wohnhaft sind. Die Kollegen suchten dies teilweise mit der ungenügenden Zeit (vormittags 11 Uhr) zu entschuldigen. Sie können dies jedoch als Entschuldigung nicht anerkennen, sondern geben Schuld der großen Gleichgültigkeit und Arbeitslosigkeit der Kollegen, die ja eigentlich nicht wundernehmen kann, wenn der Vorsitzende selbst nicht einmal erscheint. Demgegenüber muß der Versammlungsbesuch in Rostock als gut bezeichnet werden; es waren 35 Kollegen erschienen. Nur vier davon wohnten am Orte, während die übrigen einen Weg von ein bis zwei Stunden zu gehen hatten. Die Stimmung unter diesen Kollegen war vorzüglich. Die Stimmung zeigte sich, daß die Kollegen vom Lande mehr Interesse haben, als die in der Stadt wohnenden. Von 17 erschienenen Kollegen wohnten nur vier in der Stadt, während die übrigen ebenfalls eine Stunde entfernt abwohnten und den Weg hin und zurück zu Fuß machen mußten. Große Arbeitslosigkeit, sei es in der Stadt oder auf dem Lande, ist im ganzen Gau zu bemerken. In der Versammlung erschienen. Wenn auch über große Arbeitslosigkeit geklagt wurde, so kann doch dadurch der so traurige Versammlungsbesuch nicht entschuldigt werden. In Rostock waren 72 Kollegen anwesend. Da vorher alle Versammlungen äußerst schlecht, von 17 bis 20 Kollegen, besucht waren, so war der Vorstand mit diesem Besuch sehr zufrieden. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen; eine Diskussion triefte sich daran nicht. Jedoch entspann sich eine solche über die Arbeitslosigkeit. Einige Kollegen, darunter sogar ein Vorstandsmitglied, hatten Vorträge in Rostock übernommen, was laut Versammlungsbescheid für Rostock verboten ist. Von der Versammlung wurde dies sehr berurteilt und der Vorstand beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen und zu regeln. Eventuell solle auch vor den Ausschluß der betreffenden Kollegen nicht zurückgegriffen werden. Die Versammlung in Rostock mußte ausfallen, weil alle Verbandsmitglieder außerhalb beschäftigt sind und nur Sonnabends nach Hause kommen. Auch in Wismar und in der Radeburg waren Versammlungen besser besucht; nur 20 Kollegen waren erschienen. Unter diesen saßen ein guter Geist zu herrschen. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. In der nächsten Debatte wurde das Verhalten einiger Kollegen gerügt, die, weil sie an städtischen Arbeiten beschäftigt sind, glauben, die tariffähigste Arbeitszeit nicht einhalten zu brauchen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Arbeitszeit überall eingehalten ist. Sollten den Kollegen von der Stadtverwaltung Schwierigkeiten gemacht werden, so soll der Vorstand vorkommen. In Wismar war der Versammlungsbesuch gut. Es waren 47 Kollegen erschienen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen; eine Diskussion fand nicht statt. Auch sonst schien reges Interesse für die Organisation vorhanden zu sein. Dasselbe kann in Bezug auf den Versammlungsbesuch von Penzlin nicht gesagt werden. Nur 14 Kollegen hatten sich eingestellt. Auch hier trägt wohl am meisten Schuld die leidige Sonntagsarbeit. Überall konnte man beobachten, daß unsere Kollegen nicht nur auf dem Felde, sondern auch in der Stadt beim Ausbessern der Häuser beschäftigt waren. Sonntagsruhe scheint in Mecklenburg überhaupt nicht zu existieren. Etwas besser war Nachmittags die Versammlung in Stavenhagen besucht; es waren 35 Kollegen anwesend. Die Stimmung war sehr gut. Auch hier erklärten die Kollegen, daß die Versammlung jedenfalls besser besucht sein würde, wenn die Kollegen nicht alle bei der Kartoffelernte wären. Im ganzen waren also 688 Kollegen in den Versammlungen anwesend. Wie schon gesagt, befriedigend war dieser Besuch nicht, aber wir glauben trotzdem, daß die Versammlungen ihren Zweck nicht verfehlt haben und besonders dann nicht, wenn die anwesenden Kollegen ihr Wort halten, das sie in allen Versammlungen gegeben haben, nämlich tüchtig zu arbeiten und zu agieren im Sinne des Reformers. Mögen sie es tun, das ist meine Bitte am Schluß meines Berichtes.

Gau Magdeburg.

Als ich mich zu der mir übertragenen Agitationstour rüstete, dachte ich an große Versammlungen, die mir eine langeschneite Abwechslung bringen sollten und die ich bei

der Wichtigkeit des Themas wohl auch erwarten konnte. Ich sehe voraus, daß insbesondere im Gau Magdeburg unter unseren Mitgliedern ein stark pulsierendes geistiges Leben herrscht. Ich muß betonen, daß ich mich sehr glücklich habe. In Salzwedel, wo die Kollegen nicht über allzuviel Arbeitslosigkeit zu klagen haben, war der Versammlungsbesuch ziemlich lebhaft ausgefallen. Es waren 55 Kollegen anwesend, die sehr aufmerksam zuhörten. Leider verzichtete man auf eine Diskussion. Bedauernd wurde gesagt, daß der christliche Agitator, der diese Versammlung ferngeblieben war, in Neuhaldensleben, wo die Versammlung gleich nach Feierabend stattfand, waren leider prozentual weniger Kollegen erschienen als der Interessiertheit der in diesem Orte arbeitenden Kollegen. Ueber Arbeitsmangel wurde in Neuhaldensleben nicht geklagt; im Gegenteil, es wurden zur Zeit noch Maurer gesucht. Hier waren 48 Mitglieder in der Versammlung anwesend. Von hier ging es mit vielen Hoffnungen nach Magdeburg. Die Versammlung sollte in einem der großen Säle Magdeburgs, im Bürgergarten, stattfinden. In guter Vorbereitung hatte es nicht geklappt, und was haben wir erlebt? Der Besuch der Versammlung war so mangelhaft, daß die wenigen, die erschienen waren, unter diesen Umständen erklärten, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen. Welche Ursachen hier zu Grunde gelegen haben, weiß ich nicht zu sagen. Aus Dessau und Rostock ist ebenfalls nichts Erhellendes zu berichten. In Dessau waren von etwa 200 Mitgliedern 55 und in Rostock von 80 bis 90 Mitgliedern 28 zur Versammlung erschienen. Allerdings klagen hier die Kollegen über Arbeitsmangel, was aber kein Grund sein sollte, die Versammlung nicht abzuhalten, zumal über die Ursachen der Arbeitslosigkeit Mitgliedern zu erklären. In Rostock waren von etwa 150 überaus schlecht besucht war, hatte der Vorstand verschuldet. Er hatte weder die Versammlung genügend bekannt gemacht, noch den Wert von dem Stillsitzen der Versammlung im Kenntnis gesetzt. Der Vorsitzende hat es nicht einmal der Mühe wert gehalten, der letzten Mitglieder-Kollegen besucht, die am 4. Oktober stattfand und von 40 Kollegen besucht war, von dem Stillsitzen der Versammlung am 9. Oktober Kenntnis zu geben. Der Vorsitzende war nur bestrebt, seinen Posten los zu werden, und die den Versammlung ihn auch davon, was man mit Mühe auch hier nicht, nämlich von 30 Mitgliedern besucht, da in der Diskussion fast machte. Reges geistiges Leben herrschte auch in Rostock, wo die Versammlung von 48 Kollegen besucht war und von 4 Uhr bis abends 8½ Uhr dauerte. Die Versammlung in Eggen war von 15 Kollegen besucht. Etwas 60 gehören dem Verbande an. Einen sehr guten Eindruck hinterließ die Versammlung in Rostock am Montag statt, von 48 Kollegen besucht war. In Rostock wurde mitgeteilt, daß ein charakterloses Individuum aus Rostock im vorigen Jahre als Streikbrecher nach Berlin gegangen ist und dort „gelb“ wurde; jetzt sei er nach Rostock zurückgekehrt und beides die Würde war zur Versammlung extra eingeladen worden. Der Tag es aber vor, nicht zu erscheinen. Es mag auch sein, daß er sich in der Versammlung nicht einfinden wird. Die Zahl der beschäftigten Kollegen ist von 180 auf 99 gesunken. Natürlich litt auch der Versammlungsbesuch darunter. Sie hatte eigentlich mehr als 61 Kollegen erwartet. Die Wenigerwerden Kollegen gehören bekanntlich erst ein halbes Jahr dem Verbande an. Sie gehörten früher zur Freien Vereinigung, fühlen sich aber im Verbande ebenso wohl, wie in der früheren Organisation. Daß sie irgendeine ihre Gewinnung geändert hätten, der dazu angefallen worden wären, muß entschieden in Frage gestellt werden. Auch empfinden sie die Einrichtungen des Verbandes durchaus nicht als unerträgliche Last, sie haben genau soviel Bewegungsfreiheit wie vorher. Das glaubte ich gegenüber einigen gewissen zurückgebliebenen Schimpfsoffizern in Berlin feststellen zu müssen. In Rostock, wo ich auch nicht unbekannt war, ließ der Versammlungsbesuch das hatte seine Ursache darin, daß an denselben Abend eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen hatte. Es handelte sich hier, wie man mir sagte, um den Ausschluß einiger Konsumvereinsmitglieder. Dieser Fall war natürlich für viele Kollegen wichtig genug, um unsere Versammlung nicht zu besuchen. In Salzwedel waren 69 Kollegen anwesend. Dort nimmt die Beauftragung ständig zu, so daß Salzwedel wohl der Zukunftsort für Rostock und Wismar in nächster Zeit werden wird. In der Zehnteile Halle, die erst vor kurzer Zeit lebensfähig geworden ist, waren 26 Kollegen zur Versammlung erschienen. In Duedingburg, wo durch herrscht, hatte ich leider nur 39 Zuhörer. In Rostock, wo die Versammlung in Stendal 68 Kollegen anwesend waren. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, nur sprechend besser besucht sein mußten. Mit dieser Versammlung hatte eigentlich meine Tour beendet sein sollen. Da ich aber vom Vorstand die Nachfolge erhielt, daß die Eisenbahner Kollegen auch durchaus eine Versammlung wünschten und ich als hiesiger Mensch nicht gern etwas abblasse, wozu mir die Möglichkeit gegeben ist, so er eine Versammlung abzuhalten. Hatte ich natürlich abgeben können, daß eine Stunde und 10 Minuten nach der festgesetzten Zeit ginge 9 von circa 100 Mitgliedern anwesend sein würden, so wäre ich, ohne Eisenbahnbesuch zu man durchaus eine Versammlung wünscht, dann sollte man aber auch dafür sorgen, daß sie gut besucht wird. Um nötig Geld und Zeit zu sparen, sind auch die Organisations- und Agitatoren nicht da. Das sollten sich auch alle die merken; die den wichtigen Versammlungen ohne Grund

ferngeblieben sind. Bist man die Bilanz aus der Agitationstour, so ergibt sich folgendes Bild: Fast überall schlecht besuchte Versammlungen, deren Ursachen zum Teil in der Interessiertheit, in der schlechten Vorbereitung oder im Arbeitsmangel zu suchen sein werden. Besonders geistige Begeisterung war außer in einigen wenigen und Schätzungen nicht zu bemerken. Trotz dieser Mängel, die vom Verbande beschlossenen Versammlungen für durchaus notwendig. Solche Erscheinungen, die sich wohl in allen Gauen mehr oder weniger zeigen, müssen aus der Organisation ausgemerzt werden; je früher desto besser. Sie können aber meines Erachtens nur verschwinden, wenn fortgesetzt mit Ausdauer und Energie an ihrer Beseitigung gearbeitet wird, was bekanntlich nur möglich ist durch planmäßige Erziehung durch die Presse, durch Versammlungen und durch die Selbstbeziehung jedes Mitgliedes zur selbständigen, fließendsten Persönlichkeitsentwicklung. Wenn unsere Versammlungen auch in diesem Sinne Erfolge zeitigen werden, was ich als selbstverständlich voraussetze, dann brauchen wir durchaus nicht unzufrieden mit dem erzielten Resultat zu sein.

Zul. Gehl.

Gau Mannheim und Gau Straßburg.

Ich hatte in beiden Gauen in 15 Orten Versammlungen abzuhalten. Keine Erwartung, in allen Orten einigermassen gut besuchte Versammlungen zu haben, erfüllt gleich zu Beginn eine schwere Enttäuschung, indem die Versammlungen in Heidelberg, Schwetzingen und Rastatt infolge schlechten Wetters ausfallen mußten. In Heidelberg ist es wohl darauf zurückzuführen, daß man auf Wunsch einiger Kollegen den Besuch gemacht hatte, die größeren Versammlungen Sonntags abzuhalten, während bisher alle Versammlungen entweder vor Feierabend in der Arbeitszeit, oder gleich nach Feierabend abgehalten wurden. In Schwetzingen habe ich den Eindruck gewonnen, daß einmal die Versammlung unter den Kollegen selbst und andererseits die Abneigung gegen das Versammlungslokal die Ursachen des schlechten Versammlungsbesuches sind. Für Rastatt hatte der Zweigvereinsvorstand in Karlsruhe Rastatt eingeschoben, weil dort schon seit längerer Zeit recht traurige Zustände herrschten. Da zur Zeit dort circa 30 gut organisierte Kollegen arbeiten, waren diese aufgefordert worden, die Versammlung zu bringen. Aber auch die 30 Kollegen haben sich schamhaft im Stiche gelassen, indem im ganzen nur fünf Kollegen, darunter ein Nichtorganisierter, anwesend waren. Bemerkenswert hier gleich, daß es nicht etwa an der nötigen Propaganda für die Versammlung gefehlt hat. Wie ich mich überzeugt habe, ist von den Gau resp. Zweigvereinsvorständen alles aufzuboten worden, um die Kollegen zum Versammlungsbesuch zu bewegen. Auch in Mannheim und Ludwigsfelde war der Besuch nur recht mäßig. Eine bemerkenswerte Diskussion, wie man sie hier wohl erwarten durfte, fand nicht statt. Jedemfalls ist auch bei diesen Kollegen durch die Ereignisse auf dem Wirtschaftsmarkt eine andere Auffassung eingekehrt. In Worms; einem erst wieder im Entstehen begriffenen Verein, war die Beteiligung verhältnismäßig gut. Die Ausführungen scheinen hier nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein. Dasselbe trifft für Speyer zu, wo der Versammlungsbesuch auch gut war. In Rastatt a. d. Hardt ist die Beauftragung schlecht, so daß ein großer Teil der Kollegen außerhalb in Arbeit steht. Der Versammlungsbesuch litt darunter mehr als nötig war, zumal die Versammlung, Sonabend Abend stattfand. Auch in Kaiserlautern und Landau ist die Arbeitslosigkeit schlecht. Der Versammlungsbesuch war aber in beiden Orten gut. Im Zweigvereinsgebiet St. Johann-Saarbrücken ist noch eine halbwegs gute Beauftragung vorhanden. Die Versammlungen in St. Ingbert und Zweibrücken waren sehr gut besucht. In St. Ingbert und St. Johann hatte es dagegen besser sein können. Die Diskussion war sachlich und bewegte sich im Sinne des Reformers. In Straßburg i. E. liegt die Zweigvereinsbeauftragung schon seit längerer Zeit über schlechten Versammlungsbesuch, das machte mir gerade nicht die beste Meinung auf ein volles Gaus, zumal die Arbeitslosigkeit bei unseren Kollegen nicht gering ist. Unsere Versammlungen erfüllten sich nicht, die Versammlung war bedeutend besser besucht als die früheren. In der Diskussion wurden die Kollegen ermahnt, die Gleichgültigkeit abzuwischen und gerade in dieser so schlechten Zeit mehr denn je die Versammlungen zu besuchen und für die Organisation tätig zu sein. Sollen sie aber zögern, so man möchte sagen verlorenen — Posten steht unter dem Namen in Meck. Ich habe dort den Eindruck gewonnen, daß wenn es nicht gelingt, einen festen Stamm der einheimischen Kollegen zur ständigen intensiven Mitarbeit auf allen Gebieten der Agitation zu gewinnen, wir dort keine Fortschritte machen werden. Nicht nur die Italiener, die dort in großer Anzahl beschäftigt sind, bereiten uns große Schwierigkeiten, sondern auch die Kolonialisten Kollegen stehen uns heute noch völlig feindselig gegenüber. Wohl vertragen sie uns bei unserer Agitation auf den Bauten, zur Versammlung zu kommen, aber wir warteten vergebens darauf. Auch hier hat sich bisher eine große Lässigkeit im Versammlungsbesuch gezeigt; dies war es bedeutend besser. Da die Beauftragung auch zu wünschen übrig läßt, hatte die Verbandseitung mit den Unternehmern eine Sitzung abgehalten, um Sätze zu treffen, daß bei Neueinstellungen in erster Linie die ortsbewohnenden Kollegen bevorzugt werden. Die Unternehmer haben auch diesbezügliche Versprechungen gemacht, ob sich die Kollegen aber darauf verlassen können, ist noch sehr zweifelhaft. Haben doch die Unternehmer unsern Beamten zum Gegenüber erklärt: „Wenn Sie, Herr Richter, nicht immer der Störenfried wären, dann könnten wir mit unseren Leuten in Eintracht und Frieden.“ Es wird nun an den Kollegen liegen, den Unternehmern den Beweis dafür zu bringen, daß nicht ihr Beamter der Störenfried ist, und auf eigene Faust wirtschaftet, sondern daß es im Interesse der gesamten Kollegen liegt, gesunde Zustände auf den Bauten zu schaffen. Sollen sie nicht meine Ausführungen auch in Meck ihren Zweck nicht verfehlt. In Rastatt habe ich die letzte Versammlung. In dieser nahmen außer unseren Kollegen, die gerade nicht sehr zahlreich erschienen

einen Brief an die Kriminalpolizei, worin er mehrere Kollegen bezüglich, an einem Ueberfall teilgenommen zu haben, der im vergangenen Streit auf einen Streikbrecher aus Tübingen bei Bonn ausgeführt sein soll. Er will beim Ueberfall die Wertschätzung der verschiedenen Bemerkungen darüber gehört haben. Es ist nun auch tatsächlich ein Verfahren gegen mehrere Kollegen eingeleitet worden; die Galtlosigkeit dieser Beschuldigungen wird sich ja bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung herausstellen. Aber so eine Galtlosigkeit ist kennzeichnend für recht den Charakter eines Streikbrechers. Von den übrigen Angeklagten ist noch zu bemerken, daß sie ebenfalls, wie Ledeborn, vor dem Streit aufgenommen wurden, für elf Wochen Unterbringung bezogen, und dann, als sie mit ihren Leistungen in ordentlichen Blattengestalten nicht bestehen konnten, bei dem geprüften Zwischenmeister Kurlbaum in Arbeit traten, der ja alles, was sich Blattengestalten nennt, beschafft. Die Verurteilung beschloß, die Strafe über den Zwischenmeister Kurlbaum bestehen zu lassen.

Schönberg. Am 5. November hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab, in der der Kollege Kessler den Bericht vom Verbandstage erstattete. Darauf erstattete der Kassierer, Kollege Gafsch, den Kassenbericht vom dritten Quartal. Der Kassenbericht war in seinem Quartal so hoch wie im dritten. Die Mitgliederzahl ist im dritten Quartal um 323 Mitglieder zurückgegangen. Das hat seine Ursache darin, daß viele österreichische Kollegen infolge der Arbeitslosigkeit abreisen mußten, während sich sonst erst Ende November und noch später abreisen. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, einen Geldschrank anzuschaffen und die Kontrollkarten für den Versammlungsbesuch zu ändern.

Cöln. Bereits in der Nr. 32 des „Grundstein“ wurde über die Bauaktivität im hiesigen Zweigvereinsgebiet berichtet. Leider war es damals nicht möglich, mit amtlichem Material aus diesem Jahre zu dienen, wir mußten uns vielmehr auf unsere eigenen Aufzeichnungen stützen. Heute möchten wir zunächst eine Uebersicht über die Bauaktivität der beiden ersten Quartale dieses Jahres im Verhältnis zu denselben Quartalen der beiden vorhergehenden Jahre geben. Neubauten wurden im ersten Quartal dieses Jahres im ganzen auf 220 (1907 = 312, 1906 = 280) Grundflächen errichtet. Die Zahl der neu errichteten Gebäude stellt sich auf 268 (357, 388), das ist ein Weniger von 28 bzw. 23,5 pSt. An Wohngebäuden wurden errichtet 141 (244, 220) oder 32,5 und 36 pSt. weniger. Gleichfalls ist eine enorme Abnahme von Wohnungen zu verzeichnen. So entstanden im ersten Quartal dieses Jahres 857 (1042, 1242) Wohnungen, oder 44,5 bzw. 40 pSt. weniger. Im zweiten Quartal dieses Jahres wurden Neubauten auf 172 (211, 190) Grundflächen errichtet. Die daraus errichteten Gebäude stellen sich auf 209 (232, 208), die der Wohnhäuser auf 100 (143, 142) oder 30 pSt. weniger. Dabei entstanden 648 (833, 671) neue Wohnräume oder ein Plus in diesem Jahre von 23 bzw. 26 pSt. im Verhältnis zu denselben Quartalen der beiden Vorjahre. Das Gesamtresultat der errichteten Gebäude in den ersten beiden Quartalen d. J. beträgt 467, gegen 589 in derselben Zeit des Vorjahres, was eine Abnahme von 21 pSt. in diesem Jahre bedeutet. Die Zahl der errichteten Wohngebäude stellt sich auf 241 gegen 287 des vorigen Jahres, oder 38 pSt. weniger. Die Zahl der errichteten Wohnräume stellt sich im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres auf 1500, gegen 2275 im vorigen Jahre, oder 37 pSt. weniger. Im ersten Quartal 1907 betrug der Zugang an Wohngebäuden auf 10 000 Einwohner in Cöln 6,48, im zweiten Quartal 3,18; im ersten Quartal 1908 8,06, im zweiten Quartal 2,17. Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnräume nimmt Cöln im ersten Quartal des Vorjahres die zweite Stelle unter den deutschen Großstädten ein. Auf je 10 000 Einwohner entstanden in Cöln nämlich 35, in Charlottenburg 48. Im zweiten Quartal des vorigen Jahres steht Cöln mit 18, während Dortmund mit 41 an erster Stelle steht. Im ersten Quartal dieses Jahres steht Cöln mit 19 bezogen, Charlottenburg mit 41 an erster Stelle. Im zweiten Quartal 1908 steht Cöln mit 14 bezogen, Charlottenburg mit 37 an erster Stelle. Der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen betrug in Cöln im ersten halben Jahre 1907 5,1 pSt., in diesem Jahre 4,8 pSt. Im niedrigeren dürfte der Prozentfuß an leerstehenden Wohnungen gegenwärtig wohl in Cöln mit 0,4 pSt. stehen, während Wiesbaden mit 7,8 pSt. wohl an erster Stelle steht. Die Zahl der Ende des ersten Quartals 1908 in Cöln im Bau befindlichen Wohngebäude stellt sich gegen die entsprechende Zeit des Jahres 1907 um fast zwei Drittel niedriger; sie betrug 319 (617, 901), insbesondere seit länger als einem Vierteljahr 115 (221, 281). Im zweiten Quartal dieses Jahres blieb gleichfalls die Zahl der im Bau begriffenen Wohngebäude weit hinter den Vergleichszeitraum des zweiten Quartals dieses Jahres 188 (334, 485) fertig, darunter seit länger als einem Vierteljahr 83 (192, 308). Die Zahl der im ersten Quartal 1908 genehmigten Neubau- und Erweiterungsbauten betrug insgesamt 180 (220, 446), in 60 (405, 321) Fällen handelte es sich dabei um Wohngebäude. Im zweiten Quartal dieses Jahres stellte sich die Zahl der genehmigten Neubau- und Erweiterungsbauten auf 319 (303, 475), darunter handelte es sich in 113 (129, 281) Fällen um Wohngebäude. Das Tiefbaugewerbe, speziell der Kanalbau, wofür ja nur die Kommune in Frage kommt, gestaltete sich folgendermaßen: Im ersten Quartal dieses Jahres wurden hergestellt 6618 (erstes Quartal 1907 7987) laufende Meter, wovon 1090 (3332) laufende Meter gemauerter Kanal waren. Im zweiten Quartal dieses Jahres stellte sich die Zahl auf 6107 (2711), wovon 1893 (319) laufende Meter gemauerter Kanal waren. Außerdem wurden 1690 (1981) laufende Meter Anschläufe, Entlasten usw. im ersten Quartal und 2254 (2412) im zweiten Quartal dieses Jahres hergestellt. Im Gegensatz zu der sehr dankeverdienenden Privatbautätigkeit bestand seit längerem eine ziemlich rege öffentliche Bautätigkeit. So wurden u. a. die Neubauten der Kranenanstalt Bindenburg, verschiedene Volksschulneubauten, einige Kirchenbauten und andere städtische Ge-

bäude, sowie die Kasernenbauten, Eisenbahnstationen, Gebäude, sonstige eisenbahnstationäre Gebäude, Rheinbrückenbauten, Neubau des Oberlandesgerichts, Behausungen, Krillierdepot usw. errichtet. Zudem herrscht seit langer Zeit eine ziemlich Arbeitslosigkeit im hiesigen Baugewerbe. Klar und deutlich geht hieraus hervor, welchen Einfluß die Privatbautätigkeit auf den Beschäftigungsgrad im allgemeinen hat. Es ist dieses aber auch weiter noch leicht erklärlich. Betrachten wir uns heute die öffentlichen Gebäude, so z. B. Schulneubauten, so werden wir finden, daß nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Bauern daran beschäftigt wird. Infolge der immer mehr um sich greifenden Verwendung des Eisens in der Konstruktion wird der Maurer zum großen Teil ausgeschaltet. Ja, sehr häufig kommt es vor, daß trotz der sehr wenig dort Beschäftigten auch noch gefeiert werden muß. Diese Entwicklung erstreckt sich auch namentlich auf die größeren Geschäftsbauten, industrielle Gebäude usw., so daß daraus zu schließen ist, daß in der Großstadt der Regel- und Sandsteinmauerwerk sich langsam zum Spezialbau entwickelt wird, während die übrigen in Betracht kommenden Arbeiten von nicht gelernten Personen hergestellt werden können. In welcher Weise die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe seit dem Jahre 1906 nachgelassen hat, geht aus folgendem hervor. Nach einer statistischen Aufnahme im Hochsommer des Jahres 1908 waren in Cöln und der umliegenden Vororten 2008 Gesellen bei 206 Unternehmern beschäftigt. Bei der statistischen Aufnahme in diesem Jahre, Ende Juli, wurden im ganzen Zweigvereinsgebiet, incl. der zur Zeit streikenden Pfaffenlager, 2178 Gesellen bei 306 Unternehmern ermittelt. Nach einer Statistik, die von uns im ersten Quartal dieses Jahres aufgenommen worden ist, wurden in Cöln selbst Vororten incl. Mülheim am Rhein und Ralf 1233 Gesellen, nach einer weiteren Statistik im zweiten Quartal für dasselbe Gebiet 1312 Gesellen incl. Ruffer ermittelt. Auch gegenwärtig dürfte die Zahl der Beschäftigten nicht viel höher sein, wenn es auch in der letzten Zeit schon, als wollte sich die Privatbautätigkeit etwas heben. Viele Berufsleute haben damit zu rechnen, in diesem Winter längere Zeit ohne Arbeit zu sein, da an den öffentlichen Gebäuden während der Wintermonate nicht gemauert wird und sie an Privatbauten lange nicht alle untergebracht werden können. In solchen Fällen ist es nun Pflicht der Stadterhaltung, Vorzüge zu treffen, daß die größte Not gelindert wird. Hier hat man sich kürzlich auf Anregung der organisierten Arbeiterschaft und deren Presse in einer Stadterhaltungskommission mit der Beschäftigung in welcher Weise man die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter einschränken könnte. Die Sitzung lag eine Denkschrift von unserem freien Gewerkschaftsleiter vor, in der folgende Forderungen aufgestellt sind: 1. Zur Milderung der für den kommenden Winter zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen sind alle häßlichen Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen und für außerordentliche Verdienste größeren Maßstab bereit zu stellen. 2. Zur Besserung der Beschäftigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Widmung a) den Arbeitslosenunterstützung genährten Vereinen (Gewerkschaften) regelmäßige Zuschüsse zu gewähren; b) auf den Ausbau der bestehenden Verleumdungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter hinzuwirken; c) eine Eingabe an Reichsregierung und Reichstag zu richten, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetzgebung die reichsgewerbliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung zu bringen, um die Vergebung von Arbeit und Lieferungen grundsätzlich nur solche Bewerber zu berücksichtigen, die die am Orte geltenden tariflichen Arbeitsbedingungen dauernd anerkennen. Eine längere Begründung, wozu u. a. unter 2. a. unter 2. a. das Genet. System, das bis jetzt in Deutschland nur in Straßburg i. E. eingeführt ist, erinnert wurde, war dem Studium beizufügen. In der erwähnten Stadterhaltungskommission ist seitens der Stadterhaltung darauf hingewiesen worden, daß als Arbeiten für den kommenden Winter Hoch- und Tiefbauarbeiten vorgesehen seien, so u. a. eine Reihe von Volksschulbauten, sowie das Gebäude für sozialpolitische Zwecke usw. Aber die Errichtung von Rohbauarbeiten wurden noch keine endgültigen Vorschläge gemacht, da man in dieser Frage mit anderen Städten Rührung genommen hat und die Erfahrungen auf diesem Gebiete in einer Konferenz austauschen will. Alles in allem muß betont werden, daß unser Zweigvereinsgebiet unter der gegenwärtigen Krise ganz gewaltig zu leiden hat. Auch die ländlichen Gebiete, wo im vorigen Jahre noch ziemlich lebhaft gebaut wurde, leiden unter dem allgemeinen Druck. Hieraus ist auch leicht zu erklären, daß sich unter den Kollegen eine gewisse Ermüdung, verbunden mit Interessenlosigkeit, eingestellt hat. Das Überleben und die Ueberzeugung zur guten Sache ist bei manchem Kollegen ins Hintertreffen geraten. Sie sind immer noch mit dem Wahn behaftet, es hätte im Laufe des Jahres mehr für sie gemacht werden können. Einige Kollegen glauben ja denn auch, dem Verbandsrat sagen zu müssen, weil sie sich den Zentralverbandes nicht unterwerfen wollten. Sie glauben sich in einer Organisation, deren Lage so wie so gekürzt die soziale Frage binnen kurzem zu lösen. Das Eigentümliche bei der Sache ist, daß der größte Teil der Abgelenkten bei uns sehr wenig geleistet hat, sie müßten sich höchstens das Fehlen der Beiträge als Leistung anrechnen; aber auch hierin hapert es, denn der größte Teil derjenigen, weil sie ihre Extrabeiträge nicht zahlen wollten, oder sonstige Verpflichtungen dem Verbande gegenüber hatten. Daß unter solchen Erscheinungen das Unternehmertum der lachende Dritte ist, versteht sich am Bande. Dies geht auch klar und deutlich aus der Haltung des hiesigen Bauunternehmertums hervor; denn überall wird ein scharfer Ton angeschlagen, häufig müssen sich die Kollegen bieten lassen, wenn das nicht paßt, der kann gehen, oder man übt Willkür in der Art, wie am Neubau des Oberlandesgerichts. Daß sie bisher nicht verurteilt haben, die die Organisation immer dahinter gesehen hat. Statt dessen versuchen sie es aber fortwährend, in den Gruppen, wo Vorstand vorgesehen ist, die tariflich festgesetzten Preise zu drücken. Leider sind in solchen Fällen unsere Kollegen

immer zurückhaltend, indem sie überhaupt keine oder aber erst dann Meldung davon machen, wenn es zu spät ist. Dies und manches andere muß in Zukunft besser werden. Ganz besonders muß darauf Gewicht gelegt werden, daß die Kollegen, namentlich jetzt, wo die Winter wieder lang werden, die freie Zeit dazu benutzen, sich ein tieferes Wissen über die Arbeiterbewegung durch Lesen von Büchern, die sie in den zur Verfügung stehenden Bibliotheken erhalten können, anzueignen. Die meisten Auseinandersetzungen in den Mitgliederversammlungen, Sitzungen usw. im Laufe dieses Jahres dürften auf Unkenntnis der Sachlage zurückzuführen sein. Deshalb versuchen wir, was uns allen infolge einer reaktionären Gesellschaftsordnung in puncto Bildungswesen in unserer Schulpflicht vorzuenthalten worden ist, nachzuholen; es geschieht im Interesse unserer Organisation und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Danzig. In der am 5. November abgehaltenen Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins hielt zunächst der Kassierer, Kollege Dreffert, einen Vortrag über Bauarbeiter-Tätigkeitsbericht der Bauarbeiterkommission. Die Höhe der Arbeiter veranlaßt einzukommen. So wurde z. B. den Arbeiter im Winter 1906 eine offene Sommerlaube als Baubau angewiesen. Als unsere Kollegen hiergegen protestierten, wurden sie dort Arbeit erteilt, sich in diesem Baubau den ganzen Winter über recht wohl gefühlt. Aus mehreren anderen Bemerkungen war zu sehen, daß Unternehmer und Behörden unter einer Decke spielen. Ein Fehler ist es, die Mithände auf den Bauten erst dann zu befestigen, wenn die Kollegen entlassen sind. Die neu herausgegebene Polizeiverordnung wurde vom Kollegen Grünhagen erläutert. Hierzu führte Kollege Treder an, daß einige Kollegen selbst gegen den Bauarbeiterstand sind, indem sie die Kontrolleure, statt sie auf Fehler aufmerksam zu machen, mit Ralf oder Zeichen versehen. Dies müsse scharf beobachtet werden. — Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme der Lokalfälle betrug M. 4791,47, die Ausgabe M. 2547,11, bleibt ein Kassenbestand von M. 2244,36, hiervon sind M. 880 auf der Bank belegt. Kollege Adam als Revisor verlangte Aufklärung über M. 15 für Vergütungsanträge in Dora. Ferner soll der Ueberfluß von M. 6 von den Kollegen in der Uebersicht worden sein. Der Antrag des Kollegen Adam, diese Kollegen zur Redenshaft zu ziehen, wurde angenommen. Auf Antrag des Kollegen Dreffert wurde der Ueberfluß von M. 10,10 vom Vergütungs am 16. August dem Turnverein überliefert. Hieraus wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die von den Kollegen, die vom 1. Mai bis 30. November neun Wochen arbeitslos sind, von der fünften Woche an die Arbeitslosenmarken auf Rollen der Lokalfälle gegeben werden sollen. Die entgeltliche Regelung des Beitrags der Arbeitslosen wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Dann wurden die Kollegen bekannt gegeben, die bei der Stadterhaltungswahl gar nicht oder gegenwärtig gewählt haben. Nach dem 30. November werden die Mitgliederbücher eingezogen, weshalb die Kollegen ersucht werden, ihre Beiträge bis dahin pöhl zu bezahlen.

Donauschillingen. In der am 8. November abgehaltenen und von 90 Kollegen besuchten Versammlung hielt Kollege Stehle einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung“, und ging dabei auch auf die Entwicklung unserer Organisation in Donauschillingen ein. In der Diskussion wurde über Agitation und über praktische Solidarität geredet, auch die hier herrschenden Mißstände bezüglich der Bauwesen wurden gerügt. Der Stundenlohn in Donauschillingen ist in den letzten Monaten von 38 bis 40 auf 48 bis 50 gestiegen. An- und Abmeldungen werden Sonntags früh im „Schwan“, in der Woche in der Wohnung des Vorstehenden Deierlein, Wöhrterstraße 164, entgegengenommen. Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags, vormittags 9½ Uhr, im „Schwan“ statt. (Berichte sollen nur auf einer Seite des Papiers geschrieben werden.)

Eisenach. In der am 6. November abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Leisner den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen M. 2897,15; die Einnahme der Lokalfälle beträgt mit Kassenbestand vom zweiten Quartal M. 4518,00, die Ausgabe M. 570,62, der Bestand M. 3947,37, davon sind per Bank angelegt M. 2885,34. Die Mitgliederzahl beträgt 580, wovon nur 430 ihre Beiträge voll bezahlt haben. Nach dem Kassenbericht gab der Vorstehende, Kollege Hermann, einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr. Die Bautätigkeit war auch bei uns, wie in anderen Städten, nicht günstig. Im Jahre 1907 arbeiteten hier über 500 Maurer, in diesem Jahre aber nur 250. Der Versammlungsbesuch ließ in diesem Jahre viel zu wünschen übrig. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Hermann als 1. Vorstehender und Leisner als 1. Georg Weirich als 2. Kassierer gewählt. Im Punkte „Verschiedenes“ wurde beschlossen, für diesen Winter die Reiseunterstützung abends von 6 bis 7 Uhr in unserem Verkehrslokal auszugeben. Der Kassierer hat gegen eine Entscheidung jeden Abend in der festgesetzten Zeit dort anwesend zu sein.

Eisleben. Die am 2. November abgehaltene Versammlung nahm den Kassenbericht vom dritten Quartal ohne Einwendungen entgegen. Im Anschluß an den Kassenbericht wurde Kollege Reßler als Kassier delegierter gewählt. Bei der Beratung der Lohnfrage rief Kollege Horn dringend davon ab, den bestehenden Tarif zu knüpfen, da die gegenwärtige Geschäftslage keinen Verbesserungen günstig sei. Zu der demnächst stattfindenden Gewerkegerichtswahl wurde Kollege Horn als Kandidat aufgestellt. Diese Versammlung, die über eine so wichtige Frage zu beraten hatte, war trotz genügender Teilnahme von 13 Kollegen besetzt, woher bald ein abschließendes Beispiel für ganz Deutschland sein.

Stettin. Unsere am 7. November im „Ratskeller“ tagende Mitgliederversammlung debattierte zunächst über den vom Kollegen Scherer erstatteten Bericht vom Gewerkschaftsartell. Dann lag ein Antrag des Kollegen Gert vor, wonach nur die Delegationskosten zu Konferenzen aus der Lokalfälle bezahlt werden sollen, zu der die Delegierten

auf der Mitte der Versammlung gewählt wurden. Der Vorsitzende, Kollege Weigel, warnte davor, diesem Antrag stattzugeben, weil es vorkommen könnte, daß die agitatorisch tätigen Kollegen innerhalb des Hauses Dortmund bei eventuellen Differenzen zu einer Konferenz schleunigst eingeladen werden müßten, und der Zweigvereinsvorstand in die Zwangslage gerate, entweder die Konferenz gar nicht zu beschließen oder es den Kollegen zu überlassen, das Geld aus ihrer Tasche zu bezahlen. Vorbedem wurde dieser Antrag gegen die Stimmen des Vorstandes angenommen. Kollege Gerhardt konnte es dabei nicht unterlassen, die Veranstaltung der Agitationsversammlungen zu kritisieren; nach seiner Ansicht sei das Geld hierfür nutzlos verpulvert worden. Der Vorsitzende trat dieser Ansicht in der schärfsten Weise entgegen, indem er die Notwendigkeit solcher Ausführungen nachpries. (Anmerkung des Berichterstatters: Kollege Gerhardt und alle Kollegen, die so lau abweisend stehen, sollten sich nur bestrengen, mehr in agitatorischer Hinsicht tätig zu sein, dann brauchte der Hauptvorstand solche Gelder nicht aufzuwenden.) Der Antrag der Zweigvereinskonferenz auf Erhebung eines Winterbeitrages wurde zurückgestellt und der Vorstand beauftragt, vorher ein Regulativ auf Auszahlung von Stantenunterstützung in den Wintermonaten auszuarbeiten.

Mittwelta. Seit längerer Zeit bemühen sich unsere Unternehmer, eine Verpflüchtung der organisierten Kollegen herbeizuführen. Dies Streben trieb auch zur Gründung einer „Polstervereinigung“. Unserer Ansicht nach ist es aber weiter nichts als eine gelbe Gewerkschaft, die stets darauf ausgeht, die freien Gewerkschaften zu bekämpfen und zu verkleinern und bei Lohnbewegungen den eigenen Kollegen in den Rücken zu fallen. Dies anzunehmen, sind wir um so mehr berechtigt, da diese Herren nicht bloß Polster, sondern auch Geißeln zur Versammlung eingeladen haben, aber einige Polster, die bei uns im Zentralverband organisiert sind, nicht. Ob mit Absicht oder aus Unwissenheit, wollen wir dahingestellt sein lassen. Daß dieser angebliche Polsterverein gegen uns gerichtet ist, geht schon daraus hervor, daß sich die Leute sogar erdreisten, die bei uns organisierten Kollegen aufzufordern, aus unserem Verbande auszutreten, widerwärtig sei aus dem Polsterverein ausgeschlossen resp. nicht darin aufgenommen würden. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die frei und gerecht denkenden Kollegen diesen frechen Ansinnen nachkommen und aus dem Zentralverband der Maurer austreten würden; denn in einer so kritischen Zeit wie gegenwärtig hat Einigkeit doppelt not. Deshalb rufen wir allen organisierten Kollegen und Kollegen zu: Laßt es sein und treu zur Fahne! Weist ihnen die Tür und bedenkt, daß ihr auch bloß Arbeiter seid und genau so wie jeder gewöhnliche Maurer oder Arbeiter vom Unternehmer ausgebeutet werdet. Und noch das eine: Wer hat denn den Mittweltaischen Polsterpolizisten den Lohn in die Höhe gebracht? Etwas der Polsterverein? Oder der Unternehmer? Einzig und allein die Mittweltaische Arbeiterkraft, die es schwer erkämpfen mußte. Zum Danke dafür werden jetzt von denselben Leuten, die genau die Vorteile einstecken wie wir, ohne einen Finger rühren gemacht zu haben, neue Waffen gegen uns und hinter uns die eigenen Massenangehörigen überfallen. An der gesamten Arbeiterkraft von Mittwelta liegt es nun, in Zukunft stets die Augen offen zu halten und die in letzter Zeit, speziell bei den Maurern, bewiesene Kaufkraft und Nachlässigkeit aufzugeben. An Euch liegt es nun, Kollegen. Ihr habt die Macht, die gelbe Note wegzufügen, und Ihr seid dafür verantwortlich, wenn eine solche „Gewerkschaft“ festzuhalten sollte. Schämt Ihr Euch nicht? Ihr seid zu 99 pSt. organisiert, und dabei mußte die letzte Mitgliederversammlung ausfallen wegen zu schwachen Besuchs! Es ist bedauerlich, wenn man so etwas in die breite Öffentlichkeit bringen muß; offensichtlich hat unsere Kritik den Erfolg, daß die Kollegen das Bescheidige so schnell wie möglich nachholen. Merkt Euch das Sprichwort: „Wie sich der Mann wehrt, so wird er geehrt!“

Neuburg a. d. A. Am 8. November tagte beim Kollegen Seidl, „Zum grünen Baum“, eine allgemeine Maurerversammlung, in der Kollege Stach, aus München über „Wirtschaftliche Kämpfe und Erfolge“ referierte. Wir hätten die Versammlung in einem Saale, abgehalten, es war aber feiner zu bekommen. Der Vater der Leinwand Wirtschaft gab uns zur Antwort: „Euch lasse ich überhaupt nicht in meinen Saal, denn ihr seid alle rot“. Dieser Witz war früher, als er die Wirtschaft im Zuschauerraum hatte, des Geldes wegen liberal; jetzt ist er aus denselben Gründen Zentrumsmann. Die Kollegen sollten sich dies merken und ihn in seiner Wirtschaft allein lassen.

Tangermünde. In einer gutbesetzten Mitglieder-Versammlung am 7. November hielt, nachdem die Abrechnung vom dritten Quartal erledigt worden war, Kollege Gahn aus Magdeburg einen Vortrag über: „Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen“. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Darauf erstattete der Vorsitzende, Kollege Krüger, Bericht vom Kartell. Er hielt den Kollegen vor, wie interressant sie handelten, wenn sie unsere Parteilokale so wenig besuchten und die Lokale der Spießbürger bezogen. Weiter forderte der Vorsitzende auf, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl reger zu beteiligen, damit auch dem Markthaus die Interessen der Arbeiter einen Vertreter bekämen. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die so schön verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Begrad. Aus unseren statistischen Aufnahmen und den Aufzeichnungen in den Protokollen unserer Organisation ergibt sich folgendes Bild über die Bautätigkeit in unserem Orte: Es wurden Maurer beschäftigt in den Jahren:

1890.....	182	1906 (April).....	284
1895.....	194	1907 (24. April).....	297
1898.....	173	1908 (15. Februar).....	158
1900.....	209	1908 (26. Juli).....	151
1902.....	230	1908 (31. Oktober).....	125
1905.....	219		

Da nun im hiesigen Zweigvereinsgebiet rund 200 Kollegen ihren händigen Wohnsitz haben, ist es deshalb sehr leicht erklärlich, daß jetzt die Zahl der Arbeitslosen rapide steigt. Der Zweigverein Begrad hat seit Jahresfrist um circa 70 Mitglieder abgenommen und zählt jetzt noch 215

Mitglieder. Da aber hier nur 125 Maurer in Arbeit stehen, so haben sich viele unserer hier wohnenden Kollegen in anderen Orten, zum großen Teil in Bremen, Bremerhaven, Nordenham und anderen Orten des Hauses Bremen, Arbeit suchen müssen. Am 31. Oktober wurden 34 Kollegen arbeitslos angetroffen, 18 Kollegen arbeiteten in anderen Berufen, auswärts arbeiteten 39 Mitglieder und krank waren 7 Kollegen. Trotz dieser schädlichen Lage ist der Zweigverein Begrad noch ungeschwächt; denn nur 2 Kollegen gingen in dem Zeitraum von 14 Jahren der Organisation verloren, indem sie wegen Weitrückständen gestrichen werden mußten. Natürlich versuchen auch die Unternehmer, die ungünstige Position der Gesellen für sich auszunutzen. Herr Trüper (Mitglied des Arbeitgeberverbandes) blieb es vorbehalten, eine Herabsetzung des tariflich festgelegten Stundenlohnes zu versuchen. Trüper wollte die Vorkarbeit hier einführen und als Abgleich den Kollegen pro Stunde 45 s Lohn auszahlen, während der zwischen dem Arbeitgeberverband und dem hiesigen Zweigverein abgeschlossene und vom Bundesvorstand und von den Zentralvorständen genehmigte Vertrag sagt: Der Stundenlohn für einen Maurergehilfen beträgt 52 s. Der Wunsch des Herrn Trüper blieb aber ungefüllt. Erstens wird sich hier kein Kollege zur Vorkarbeit hergeben, dessen Lohn wir sicher, und dazu noch 7 s unter dem garantierten Lohn. Nein, Herr Trüper, das ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichem Objekt! In diesem Falle war es nicht einmal nötig, sich an den Arbeitgeberverband zu wenden, aber wir werden uns diese Art Vertragstreue für spätere Gelegenheiten merken. Die Unternehmer scheinen überhaupt keine besondere Liebe für den von ihnen gewünschten Vertrag zu haben; denn trotz mehrfacher Anregungen von uns war es noch nicht möglich, den unparteiischen Vorständen für das zu bildende Schiedsgericht zu wählen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, schweigt in sieben Sprachen. Leider hat die jetzige Krise die Stimmung unter unseren Kollegen etwas gedrückt, einen Vorstoß bildet hierfür der Versammlungsbesuch. Wenn die Kollegen Herr der Situation bleiben wollen, dann können sie dies nur durch die Pflege der Zusammengehörigkeit, in erster Linie also durch vollständiges Erscheinen in den Mitgliederversammlungen. Ganz besonders wäre das für jene Kollegen am Plage, die sich gar nicht darüber hinwegsetzen können, daß sich die Lohnbewegung in diesem Jahre in neuem Bahnen bewegt. Mögen sie in die Versammlungen kommen und selbst mitbestimmen, statt sich darüber zu beklagen, daß sie „nichts zu sagen“ hätten. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Zahl der Neubauten im Wohngebiet am 31. Oktober 9 betrug, während 16 Umbauten und 23 Hüttenstellen gezählt wurden. Der im Verträge ausbedungene Ofen stellte an 3 Arbeitsplätzen. Das Verbandmaterial zur ersten Hilfeleistung bei Unfallsfällen sollte an 6 Stellen. Das Geld wird sich aber in den kommenden Wintermonaten noch bedeutend steigern. Es wird im Laufe der Wintermonate noch manchem Arbeiter zum Bewußtsein kommen, daß für die Arbeiterklasse in der herrschenden „von Gott gewollten Ordnung“ nichts Gutes zu erwarten ist.

Wiesbaden. Am 8. November fand hier eine Mitglieder-Versammlung der Zählstelle Sonnenberg statt, die ausnahmsweise von 24 Mitgliedern besucht war. Kollege Lübbing hielt zunächst einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wirtschaftskrisen, ihre Ursachen und Wirkungen“. Nach dem Vortrage fanden einige Organisationsfragen ihre Erledigung. So hatte der Zählstellenvorstand mit Rücksicht auf die Teilnahmefähigkeit der Mitglieder der Zählstelle den Antrag gestellt, die Zählstelle aufzulösen und die in Sonnenberg wohnenden Mitglieder der Zählstelle Wiesbaden anzugliedern. Kollege Hartmann begründete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den Vorstandsantrag. Er befragte sich über die Interessiertheit der Sonnenberger Maurer, die wohl am liebsten in unfruchtbarer Kritik mieden, von praktischer Mitarbeit im Sinne unserer Organisationsbestrebungen jedoch nichts wissen wollten. Mit Rücksicht auf diese Umstände hatte er die Beibehaltung der Zählstelle für ein Umland für den Verband. In der Diskussion betrat die Mehrheit der Redner die Ansicht, daß die Sonnenberger Maurer noch immer auf dem Posten stehen würden, wenn es galt, die Interessen des Berufs zu wahren. Das sei die Hauptsache. Die Beiträge würden pünktlich entrichtet, und wenn die Mitglieder nicht zu den Versammlungen erschienen, dürfe daraus kein Vorwurf hergeleitet werden. Gegen diese Ansicht wendete sich in laudativer, aber durchaus sachlicher Weise der Kollege Lübbing. Er wies auf die Fragen hin, die der Verband in der Zukunft zu lösen hat. Die Erledigung dieser Aufgaben im Sinne unserer Bewegung sei nur möglich, wenn alle Mitglieder tatkräftig mitarbeiten und sich bemühten, tiefer in das Wesen der modernen Arbeiterbewegung einzudringen. Von einer geistlichen Bewegung könne in Sonnenberg jetzt noch keine Rede sein. Viele Maurer seien heute noch Mitglieder der bürgerlichen Klimbimbvereine. Die Interessen dieser Vereine würden heute noch über das Wohl des Verbandes gestellt. In Gemeinschaft mit ausgesprochenen Gegnern unserer Bewegung würden die Vorkarbeiten einzelner Kollegen, die sich redliche Mühe geben, das Ansehen der Sonnenberger Maurer nach außen hin zu heben, von den eigenen Mitgliedern in zum Teil recht ungeschöner Weise bekämpft. So hätten die aus organisierten Arbeitern bestehenden Gesangs- und Turnvereine dafür gefordert, daß in einem Arbeiterort wie Sonnenberg Partei und Gewerkschaft kein vernünftiger Saal zur Verfügung steht. Diese Mißstände zu beseitigen, sei unsere Aufgabe mit. Es müsse eine Grenzlinie zwischen uns und den offenen und verdeckten Gegnern unserer Bestrebungen recht deutlich gezogen werden. Je eher diese Scheidung vollzogen werde, um so besser sei es für die Arbeiterkraft. Der Antrag des Vorstandes wurde abgelehnt. Nachdem noch der Beschluß gefaßt war, die künftigen Mitgliederversammlungen des Samstag abzuhalten und einem fest langer Zeit franten und erwerbsunfähigen Kollegen A 20 aus den Mitteln der Kasse bewilligt waren, erfolgte Schluß der äußerst anregend verlaufenen Versammlung.

Fliesenleger.

Berlin. Die Sektion hielt am 5. November eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Kollege Waldheim erstattete den Bericht über den Verlauf der

Verhandlungen der Schlichtungskommission vor dem Gewerbegericht. Um einen mehrfach umstrittenen Punkt zu klären, stellte die Versammlung der Schlichtungskommission anheim, dem Einigungsamt folgenden Antrag zu unterbreiten: „Das Einigungsamt wolle beschließen, daß auf Bauten, die außer dem Radius vom Spittelmarkt bis Bülowstraße liegen, der Lohn auf dem Bau zu zahlen ist.“ Den Bericht vom Verlauf der Verhandlungen zwecks Verschmelzung mit der freien Vereinigung gab Kollege Rudolph. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die freie Vereinigung überhaupt nicht gewillt ist, sich mit dem Zentralverband zu verschmelzen. Der Vorstand hatte hierzu der Versammlung folgenden Vorschlag empfohlen: „Den Mitgliedern der freien Vereinigung wird von jetzt ab von unserem Nachweis keine Arbeit vermittelt. Ferner können Kollegen, die gewillt sind, zur Sektion überzutreten und in der freien Vereinigung noch mit den Beiträgen im Rückstand sind, diese beim Verband nachzahlen, wenn sie vollberechtigte Mitglieder werden wollen. Der letzte Passus gilt aber nur bis Jahresfrist, nach dem 1. Januar werden die Mitglieder der freien Vereinigung nur noch als neue Mitglieder aufgenommen.“ Die Versammlung beschloß demgemäß.

Essen a. d. Ruhr. Am 31. Oktober fand auf unseren Antrag eine Sitzung der Schlichtungskommission statt. Auf der Tagesordnung stand: Klage des Fliesenlegers Böder gegen die Firma Jaminet wegen einer Nachforderung von A 134; die Firmen Wagnmann & Sohn, Quenell und Jaminet zu verurteilen, 90 pSt. des verdienten Arbeitslohnes auszugeben; das hier am Orte bestehende Zwischmeisterstystem abzuschaffen und verschiedene Punkte des Tarifs einer Besprechung zu unterziehen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung stellte sich der Unternehmer Jaminet auf den Standpunkt, daß er, sobald in einem Bau bis zu 10 qm Bodenbelag noch nebenbei Wandarbeiten ausgeführt würden, den tarifmäßigen Zuschlag nicht zu zahlen brauche. Die anwesenden Unternehmer verpflichteten ihm natürlich, daß, wenn die Wandarbeiten im Aufsatze 101 des Tarifs hienwies, worin es ausdrücklich heißt: „Für Fußbodenbelag unter 10 qm Wandarbeiten unter 6 qm, sofern solche nicht in Verbindung mit einer größeren Arbeit in einem Bau stehen, wird ein Zuschlag von 50 s für das Quadratmeter gezahlt.“ Wir wiesen ferner darauf hin, daß bei dem Abschlag des Tarifs in Köln extra darauf Gewicht gelegt wurde, daß die Worte „in einem Bau“ mit in den Passus hineinkamen, und daß es so zu verstehen wäre: wenngleich schon mehrere Bauten zusammenlügen, und wenn auch Wandarbeiten bis zu 6 qm ausgeführt werden, so ist doch der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die Sitzung wurde sich dahin einig, daß ein unparteiischer mit Feder zusammen die Aufstellung des Herrn Jaminet einer Durchsicht unterziehen soll. Lieber die Auslegung des Passus 101 des Tarifs soll das Einigungsamt entscheiden. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß es den Unternehmern schwer falle, die wöchentliche Lohnzahlung beizubehalten. Er appellierte an unser Gehör und legte uns ans Herz, nach dem Vortritte der Beamten die monatliche Lohnzahlung einzuführen. Selbstredend liegen wir uns nicht darauf ein. Es wurde festgestellt, daß wöchentlich der Stundenlohn nebst Wulagen, und vierzehntägig ein Arbeitsvorschub von 90 pSt. zu zahlen ist, letzterer, sobald der Fliesenleger dieses spätestens bis Mittwoch abends dem Unternehmer gesagt hat. Zu Punkt 3 der Tagesordnung machten wir auf § 10 des Tarifs aufmerksam, wonach die Vergütung von Arbeiten an Zwischenmeister soweit wie möglich eingeschränkt werden soll. Es berührt eigentlich, wenn Ortsanfertiger wochenlang ohne Arbeit sind, während die Zwischenmeister mit ihrem getreuen Gehalt in der Arbeit stehen. Wir hielten den Unternehmern vor, daß sie, wenn sie endlich gewillt wären mit uns in Frieden zu leben, es doch bei den früheren Verhältnissen und den Beschlüssen früherer Sitzungen belassen müßten. Bei den Tarifverhandlungen in Köln sei auch wieder betont worden, daß die ortsanfertigen Kollegen zunächst beschäftigt werden sollten. Die Unternehmer erklärten, daß es nach dem Wortlaut des Tarifs erlaubt sei, Zwischenmeister einzustellen. Die Parteien kamen hierin nicht zur Einigung, mithin wird es über kurz oder lang mit den Geschäften zum Bruch kommen. Danach wurden noch einige andere minder wichtige Streitfragen besprochen. Die Kollegen haben hierbei wieder sehen müssen, wie leicht Mißstände einreichen können. Daß die Mißstände einreichen mußten, ist ganz erklärlich; denn die meisten der Kollegen haben seit dem Streik keine Versammlung mehr besucht, und es ist traurig, hier feststellen zu müssen, daß in der letzten Versammlung nur zwölf Mann anwesend waren. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 8. bis 14. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg A. 500, Mariendorf 200, Hamburg-Eppendorf 200, Groß-Schönebeck 150, Handbühnsheim 150, Seemann 150, Stadenhagen 100, Stammheim 100. Summa A. 1550.

Zufüsse erhielten: Graubenz A. 300, Birna 200, Maue a. d. Havel 200, Wittenberg 200, Burg b. Magdeburg 100, Passenbeide 100, Wärra a. M. 100, Guluow 100, Ebersfeld 100, Puckadt i. Hessen 100, Essen a. d. Ruhr 100, Eggersdorf 75. Summa A. 1675.

Mitteilungen, den 14. November 1908.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Zulassungen etc.

Aachen. Am 9. November stürzte der Maurer Albert Dremel beim Gerüstbau an der neuen Kirche in der Vittoriaallee 8 m in die Tiefe. Er verfiel auf dem

Transport zum Krankenhause an den erlittenen Ver-
letzungen.

B o c h u m. Auf dem Neubau des Unternehmens Pulver-
macher ereignete sich am 14. November, morgens 9 Uhr, ein
schwerer Unglücksfall. Die Zimmerleute richteten, jedoch
hätte man die darunter befindliche Menge nicht abge-
teilt. Als die Bauarbeiter in der Baubühne schäftigten,
saufte ein schwerer Balken vom Bau herunter auf die Arbeiter,
der das Dach durchlöchernd und durch- von der in der Baubüh-
stehenden Arbeiter schwer verletzete. Der eine wird jezeit-
falls dauernden Schäden davontragen, denn der Arzt konstati-
erte schwere Verletzung der Schulterknochen und der
inneren Weichteile. Der andere erhielt eine Verletzung
am Bein. Von diesem Unfall wären vier wieder verschont
geblieben, wenn die Bodenerbauer Pappelzettel ihres Stammes ge-
ben hätten. Die Baubühne steht direkt am Bau. Hätte es
nicht in der Entfernung vom Bau gestanden, dann hätte
das Unglück nicht geschehen können. Ein Teil der dort be-
schäftigten Arbeiter befand sich gerade nicht in der Baubüh-
ne. Hätte das Unglück nicht noch mehr Opfer gefordert.
Dann endlich wird sich die Bodenerbauer Pappelzettel einmal dazu
aufmerksam, die Mithilfe auf den heißen Pauten zu
beistehen?

Frankenberg. Am 5. November brach auf dem Neubau des Elektricitätswerkes in Uerswalde ein inneres Rudergerüst zusammen, auf dem fünf Maurer beschäftigt waren. Alle fünf stürzten ja, 6 m hoch herunter, wobei zwei schwer, die anderen drei leicht verletzt wurden. Der Ausführende ist Baumeister Köhler in Frankenberg. Alle die Ursache des Unfalles gericht zur Zeit tiefes Schweigen, doch steht fest, daß die Schuld dem Aufsicht führenden Kistpöller größtentheils zuzuschreiben ist. Die Augenzeugen berichten, daß der Unfall durch folgenden Umstand entstanden. Der einzustellende Raum ist 12 m lang und 6 m breit. Vorerst hatte man einen Teil des betreffenden Raumes eingestrichen. Nach Fertigstellung des Gesimses waren Pfosten und Stangen oben aufgekoppelt worden, um den anderen Gerüstteil ebenfalls noch herzurichten. Gleichwohl wurden fünf Maurer beauftragt, auf dem Gerüst zu arbeiten. Der Kistpöller hatte nun eine Seife holen lassen, um die eine 6 m lange Duerstange abzuweilen. Er hatte selbige aber nur an das Gerüst lehnen lassen, um nachsehen zu zeigen, daß dort eine Seife nötig sei. Als nun die Arbeitenden ziemlich fertig waren mit dem Verbohren und alle fünf etwas eng zusammenstrukt, brach das Gerüst unter der Belastung zusammen. Hätte der Aufsichtführende also die Seife wirklich unter die Duerstange gestellt, so wäre der Unfall nicht geschehen.

Ruden wurde. Mit welcher unverantwortlichen
Beistand manchal auf den Bauten mit dem Leben und
der Gesundheit der Arbeiter umgegangen wird, konnten wir
auf einem Neubau in der Briesenstraße sehen. Dort
wurde ein Giebel abgeputzt und zu diesem Zweck ein Ge-
streck aufgebauet, das nicht nur den Schreien aller Passanten
vertheilte, sondern auch das Staunen der Baien. Gebau
wurde es von dem Holzer Engler, einem Schrifffreder bei
unserer vorjährigen Lobebewegung. Andere Kollegen auf
dem Neubau des Gymnasiums setzten sofort die Pausen-
bewegung, die denn auch veranlaßte, daß das Gerüst
aufgebauet wurde, ehe es zusammenbrach und das darauf
beschäftigten (mit Ausnahme des „Bauführers“ Engler
nur Bekehrlinge) unterlich begrub, was zweifellos geschehen
würde. Der Baumeister Lehmann kann stolz sein auf
die Kraft, die er in seinem Holzer Engler besitzt.

* **Frauenarbeit auf Bauten.** Bereits in der vorigen Nummer berichtet wir, daß sich die Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbedrängnismodelle mit einer Resolution des Zentrums befaßigte und ihr zugestimmt hat, die die Beschäftigung von Frauen bei dem Transport von Baumaterialien reichsgeheilig verboten wissen will. Wir haben in dieser Resolution ausgesprochen, daß auch wir ein solches Verbot für richtig halten. In der Kommission hatte nun der sozialdemokratische Abgeordnete **Schaberg** gegen die Zentrumsresolution gesprochen und gesagt, die „Vaugewerkschaft“ nimmt das zum Vorwand, um in ihrer bekannt marxistischeren Absicht gegen die Sozialdemokratie loszugehen. „Sozialdemokratischer Arbeiterinnenrat“ schreibt sie häufig und fragt, was der Arbeiter zu dieser sozialdemokratischen Heidenart sagen. Der Wissenschaft soll گفت werden. Wir fragen ihr erheischend, wie sie den Tadelband fälscht, indem sie geflistentlich behauptet, daß die ursprüngliche Zentrumsresolution die Frauenarbeit auf Bauten verbieten wollte. Dem wurde in Recht entgegengehalten, daß man dadurch auch vielen armen Frauen das Brot nähme, die heute durch die Kränkung der letzten Neubauten einen kleinen Verdienst finden. Erst nachdem das Zentrum diese Erklärung erhalten hatte, änderte es die Resolution so um, daß sie mit einiger Aussicht auf Verwirklichung angenommen werden konnte. Weiter: Daß Stadthagen gegen gesprochen hat, hat auch uns behermet, wir sind aber überzeugt, daß dabei für ihn höchst schmerz, wenn auch nicht unangenehm Beweggründe maßgebend waren. Und jetzt: Die „Vaugewerkschaft“ ist besser, wenn sie einmal die Stellung der Abgeordneten in der Kommission, die gegen die Resolution stimmten, werten will, die anderen Abgeordneten nennen, die aus kapitalistischem Interesse die Verletzung der Frauenarbeit forderten. Warum aber tut sie das nicht? Weil diese Abgeordneten den Parteien angehören, unter denen die christlichen Gewerkschaften ihre Chancern suchen. Warum berührt die „Vaugewerkschaft“ nicht über die abtreibende in den Zentrumsfraktionen, über die Bollschneider und Broderbauer unter den eigenen Parteigenossen, weil wir hier wieder einmal den Spiegel vorhalten? Nichts anderes als das! Im übrigen mag sie bis zur Abstimmung der jene Resolution im Plenum warten; wir werden dann wieder sehen.

Neue Platten zur Herstellung von Wänden.
 Die Herstellung von Plattenwänden ist es bekannt, Platten
 durchlaufender Feder und Putz an den Wänden zu
 setzen. Die die Putzen ganz ausfüllenden Federn sind etwas
 geringer, als die Putzen tief sind, so daß sich am Zusammen-
 setzen zweier Platten auf beiden Seiten Fugen bilden, die
 mit Mörtel ausgefüllt werden. Da der Mörtel nur geringe
 Festigkeit der Plattenwände berührt, erscheint diese Verbindung
 nicht fest genug. Unter D. R. P. Nr. 201 414 (Wilschke
 in Dresden) wird nun eine Bauplatte bekannt, nach
 der diesen Fehler beseitigen soll dadurch, daß die Putzen

breiter sind als die Federn, so daß Raum zur vollen Umschließung der Federn mit Wirtel auf beiden Bandseiten gegeben ist. Damit die Platten aber trotzdem zunächst trocken aufeinander gestekt werden können, sind die Federn auf beiden Seiten mit Lageranlägen versehen. Macht man die Nut z. B. halbstreifig, die Feder ebenfalls, wie schon oben gesagt, etwas höher als die Nuttiefe, so würde der Federstein keinen Halt in der Nut finden, die Platten könnte also nicht trocken aufgestellt werden. Dadurch jedoch, daß der Federstein Vorsprünge erhält, welche so hoch sind, wie die Differenz zwischen Nut und Federhöhe, beträgt, stützt sich dieser auf die platten Ranten des Nuttiefs und ermöglicht dadurch eine freie Auflagerung und Erhaltung in dieser Lage ohne weitere Hilfsmittel.

Benigter praktisch erscheint ein unter D. R.-P. Nr. 345 185 von Max Krüger, Weizenfein-Berlin, bekannt werdender Zwischenwandstein aus Kalkschiefer, Gips und etwas Leim. Dieser zeigt 6 cm starke Stein soll durch Gipsblech haben, daß die daraus hergestellte Wand nicht an Gewicht zu werden braucht. Weiter soll durch die Konstruktion der einzelnen Platte beim Zusammenstellen mehrerer derselben ein Verband geschaffen werden, der ein Herausfallen einzelner Platten unmöglich macht. Sollte also, sagt der Anmelder in der antiken Gebrauchsanweisung, bei Ausbruch eines Feuers der Balken, auf dem die Wand aufgebaut ist, anbrennen und seine Tragkraft sich vermindern oder gar ganz durchbrennen, so würde dennoch diese luftlose Verbandswand hängen bleiben, als wenn sie aus einem Stück wäre. Das Aufstellen dieser Wand geschieht, indem die sehr bequem zu verarbeitenden Platten aufgestellt und vergossen werden, wozu eine Hohlkiste dient, die an der Hohlkante geschaffen ist. Der Durchmesser dieses Hohlkubes, also der Hohlkehle, beträgt 3 cm, also genügend Spielraum zum Eingießen und Laufen des Gipses. Ausgerollt werden rechts und links in der Mauer, an der Stelle, wo die Platten anliegen, vor dem Aufstellen der Wand Nägel eingeslagen, die dann mit dem später eingegossenen Gips eine doppelte Verankerung bieten.

Bezüglich des Preises gibt die Gebrauchsmusterchrift
noch folgendes an:

Nach dem bis jetzt vielfach verwendeten Luginio-Verbanden kostet eine Band von 18 cm nach folgender Bezeichnung $\text{A } 5138$. Luginio selbst bezeichnet den Quadratmeter mit $\text{A } 1,95$, macht für 18 cm $\text{A } 35,10$. Fügen wir Wirtel 23 g pro Quadratmeter, macht bei zwei Seiten gleich 36 gm $\text{A } 8,28$. Kösten für Luginio's Band zusammen $\text{A } 5138$. „Bei meinem Verbanden — sagt der Unternehmer — bin ich im Stande, diese selbige Band „Rutloze (Verbandwand)“, für $\text{A } 39,00$ herzustellen. Wenn nun noch bei 18 cm ein Preisunterchied von $\text{A } 11,78$ existiert, so ist meine rutloze Verbandwand eine nicht zu unterschätzende Geldersparnis.“

Ein altes Schwörtwort sagt: „Jeder Krämer lobt seine Ware“, und bei der Gebrauchsanweisung, die infolge einer Prüfung und reiner Verarbeitung seitens des Patentamtes unterliegt, wie dies bei den Patentanmeldungen der Fall ist, können solche Reklamen aufgesetzt werden; daher kaum brandstatten können. Bezüglich der Stabilität des aus solchen Platten hergestellten Bars nicht sehr hohen Ansprachen genügen, denn die selbst mit Gips in den hölzernen verformten Steine werden nur eine sehr mäßige Festigkeit erreichen. Für Zwecke, wo eine 6 cm starke Gipswand genügt, wird die gewöhnliche Alabaster auch brauchbar sein, und diese ist infolge der Tragbeeinflussung doch vielleicht noch vorzuziehen. Bezüglich des Preises wird sie aber ebenfalls konkurrieren können. Die im Patentamt als Muster deponirte Platte zeigt allerdings zwei ziemlich glatte Seitenflächen, aber beim Vergleichen der Hohlflächen mit Gips wird letzterer doch leicht auslaufen und damit ein Nachspülen nötig machen. Ob aber der Gipsus die wagerecht liegenden Fugen ausfüllen wird, ist mindestens fraglich. Geht es, was dies aber, so ist der Verband überhaupt illusorisch, da die Platten ringsherum Riten haben und der eingegossene Gips nach Schrumpfung gleichsam eine die beiden Ruten erfüllende Feder darstellt, die ein festliches Verschieben hindern kann. Ob aber die Befestigung der Platten gegeneinander genügend sicher ausgeführt wird und ob damit die Wand eine genügende Festigkeit gegen feindlichen Druck gegen eine Durchbohrung erhält, bleibt eine offene Frage. Will man ihr aber durch Einlegen von Draht in der Kabinwand eigene Festigkeit geben, so werden die gerührten Vorzeile bezüglich der Billigkeit wieder sehr beeinträchtigt werden. Man kann also die Sache sehen, wie man will, es wird von den gemachten Erfahrungen nicht viel übrig bleiben. Ueber die Herstellungseisenweise der Platten ist gar nichts gesagt; die Herstellung beiderseits glatter Platten bietet aber gewisse Schwierigkeiten, so daß es auch noch fraglich erscheint, ob der Anmelder die Platten zu dem angegebenen Preise liefern können.

M. R. Lohr, Ravensburg.

Aus Unternehmerkreisen.

Stimmungsmache. Die Münchener Unternehmer werden einmal das Bedürfnis, von sich reden zu machen, verspüren. Sie im vorigen Jahre eine lange Riste von „Vertragsbrüchen“ der Arbeiter zurechtmachen und damit herumhantieren, weil sie sich allerdings bis in die Resten festsetzten, so wollen sich jetzt durch allerlei „Terrorismus“ geistlichen etwas zuweilen verschaffen. In der Geschichte Nr. 1 wird geschrieben, irgend eine Gewerkschaft, vermutlich der Bauhofsarbeiterband, von einem Arbeiter, der sieben Wochen lang krank gewesen ist, verlangt, entweder eine ärztliche Bescheinigung über Krankheit beizubringen oder die vollen Beiträge für die letzten nachzugeben. Als sich der Arbeiter dessen weigerte, wies ihn darauf hin, daß er dann ausgeschlossen werden müsse und nicht im Arbeitsamt geführt werden könne. In diesem ganz herabwürdigen Verhalten der Verwaltung sehen die Münchener Unternehmer begreiflich ihre Vertilgung einen Terrorismus, den mit Pauken und Trompeten verkündet. Was soll das nützen? Jeder Mensch wird bei näherer Überlegung einsehen, eine Organisation, die auf Ordnung hält, gar nicht anders ausüben kann. Aber die Dratzieher im Münchener Unterwerband wenden sich an kein Publikum, das sich bei dem

was es liest, etwas denkt, und so stellt sich dem oberflächlichen Weser die Geschichte als ein Anektdote des „gewerkschaftlichen Schwachsregiments“ dar, mit welchem Propaganda man dorten die politischen Kinder schreit. Nr. 2 ist ein ganz gewöhnlicher Fall, nicht mehr viel Staat machen kann, den man deshalb auch in schamhafter Kürze abtut. Aber dann kommt der Clou des Ganzen:

Ein fast unglaublicher, für die Arbeitgeber aber recht
lehrsreicher Fall ist der folgende: Schreinermeister und Bau-
unternehmer W. führte in München-Sendling einen Bau aus
und wußten die Arbeiter wegen Materialmangels eine Zeitlang
ausruhen. Für diese Zeit des Ausruhens verlangten sie nun
Verzählung und stellen, als dies verweigert wurde, die Arbeit
ein. Am 29. Dezember 1906 kam vor dem Gewerbegericht
eine Einigung zu Stande, gemäß welcher sich W. ganz un-
begreiflicherweise verpflichtet, M. 138 zu Sünden der Gewerkschafts-
kasse der Maurer zu bezahlen und weiter: M. 138 am
ersten Verzahlungstage auf den Lohn der einzelnen Arbeiter
verhältnismäßig zu verteilen, wogegen der Maurerverband die
Sperrre aufhob. W. konnte jedoch sein Zahlungsverprechen
nicht einlösen und wurde deshalb erneut die Sperrre verhängt
und Streikposten ausgesetzt. Im Februar nun wollten nach-
einander zwei andere Unternehmer auf Betreiben beziehungs-
weise im Auftrage der Hypothekengläubiger den Bau vollenden.
Der Maurerverband machte jedoch die Aufhebung der Sperrre
davon abhängig, daß diese beiden Arbeitgeber die M. 376 und anheim-
den die durch Unterhaltung der Streikposten der Gewerkschaftskasse
verursachten Kosten zahlen sollten. Da sie sich hierzu nicht veran-
laßten, blieb die Sperrre den ganzen Januar und Februar hindurch
aufrecht. Das Ansehen wurde nun gerichtlich beschützt und
von einem Sägewerksbesitzer S. erworben. Auch jetzt wurde die
Sperrre nicht aufgehoben, sondern die Aufhebung, den der Ver-
zahlung einer Pauschsumme von M. 1500 an den Maurer-
verband abhängig gemacht. Schließlich verpflichtete sich S., um
nicht noch größeren Schaden zu erleiden, zur Zahlung von M. 800
an den Maurerverband, womit dieser sich zufrieden gab. Tatsäch-
lich wurde dieser Betrag in fünf Raten an die Gewerkschafts-
kasse abgeführt, und zwar die erste Rate mit M. 400 am
26. April, worfür der Maurerverband ordnungsmäßig quittierte.
Die Originalquittung hat S. übrigens der bayerischen Bau-
gewerkschaftsgenossenschaft vorgelegt.

Der Fall lehrt deutlich, wie mächtig die Organisationen sich fühlen und wie sie ihre Macht mißbrauchen. Das Haus, das am 1. April fertig geworden wäre, konnte also erst zu einem viel späteren Zeitpunkt bezogen werden. Rechnet man zu diesem Schaden noch den durch die Anbill der Witterung verursachten und die 4. 800 Vorkrueger für die Gewerkschaftskasse, so kann man sich einen Begriff über den gesamten Schaden machen."

Somit die Berücksichtigung der Unternehmer in ihren Interessen. Wie aber steht es in Wirklichkeit mit diesem Schauerroman? Der Bau, um den es sich handelt, wurde gütigst von einem Konfium aufgeführt, an dessen Spitze ein gewisser Brummer stand, der als Bauleiter überhaupt in dieser Geschäftsmauer und anderer Arbeiter ist bereits von ihm geschädigt worden. „Eines Morgens, als die Arbeiter zu den Ueulen kamen, erklärte ihnen Dr. heute für der Kaiser in München, den sollten sie sich ansehen. Um anderen Morgen gelang es das gleiche; so mußten sie zwei Tage feiern, weil Dr. Schwierigkeiten hatte, Materialien heranzuschaffen. Für diese Zeit veranlagte die Arbeiter ihren Lohn. Dr. verweigerte denselben und zahlte auch nicht als er sah, daß die Leute nicht mehr weiter arbeiten wollten. Um anderen Kollegen davor zu bewahren, von Dr. geschädigt zu werden, und so solchen Schmarozgerestungen im Baugewerbe den Boden zu entziehen, verhängte die Organisation die Sperre über einen Bau. Das Konfium versuchte dann die Arbeiter dadurch zu täuschen, daß es andere seiner Gefellschafter als Bauaufsührende vordrkte, aber die Kollegen blieben fest, sie wußten diese zu verthindern. Darauf ging das Konfium in die Brüche und der Bau kam unter den Hammer. Ein Zägemersbbriger, der das Holz zu dem Bau geliefert hatte, erlegte ihn dann ein. Dieser Mann war wohl davon unterrichtet, wie die Sachen standen; besonders war ihm bekannt, wie die Arbeiterorganisationen erst dann den Bau freigeigen würden, wenn man ihnen die aus der Sperre empfangenen Ueulen erstgte. Vor dem Gewerbezgericht verhandelte dieser Mann mit den Organisationen und verpfändete sich dann der Zahlung von M. 800. Er hat sie gezahlt und damit war die Sache erledigt. Was ist nun dabei? Wir glauben gern, daß gewisse Unternehmerkreise die Organisationen darob schelten mögen; sie haben auch von ihrem Standpunkte aus davon einen ähnlichen Grund, wie die Pepper und Buchmacher zum Beispiel auf die Polizei. Aber das soll uns nicht führen. Wir wünschen im Gegentheil, daß unsere Kollegen überall so in uns Besonnenheit griffen, dann berge eine gewissen Sorte von Unternehmern bald der Appetit.

* Die Internationale — — — „Es ist Tatsache, daß heute die einflußreichste wirtschaftliche Badeperrierung, die in vollem Umfange ihren Aufgaben gerecht werden will, nicht mehr allein auf den Kreis beschränkt kann, der ihr innerhalt der politischen Grenzen ihres Staatswesens zugewiesen ist. Kulturelle Bewegungen kennen keine Landesgrenzen, ebensowenig wie die Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse irgend einer Berufsgruppe grundsätzlicher Hinsicht in diesem oder jenem Lande voneinander abweichen. Die gleichen Wirtschaftsschwermere, unter denen die deutschen Bauarbeiter leben, finden wir auch bei den Angehörigen unserer Nachbarländer; wir sehen beim näheren Studium der Verhältnisse, daß ihre sozialen und ökonomischen Interessen mit den unsrigen fast vollkommen übereinstimmen, daß demzufolge auch die Bauarbeiter in den anderen Ländern den gleichen oder zum mindesten doch sehr ähnlichen Bestrebungen erfüllt sind, deren Förderung sich die Bauarbeiter Deutschlands auf das lebhafteste angelegen ließen lassen.“

Aus dieser grundsätzlichen Gleichartigkeit der Interessen bauverwandter Berufsgruppen aller, besonders aber der unter benachbarten Länder, ist der Kartellierungsgedanke vorgegangen.

Diese sehr zutreffende Rechtfertigung der internationalen Verbindung der Angehörigen gleicher Interessen, wozu wir in — dem Zentralblatt für das deutsche Vaterland —. Allerdings haben wir ihren Sinn dadurch geändert, wir an einigen Stellen die Erde „ge“ strichen, und so aus „Arbeitgeber“, „Arbeiter“ machten. Die Unternehmer haben gute Gründe, um seine zu rechtfertigen, was sie so oft an uns vernünftigen: die über die Landesgrenzen hinausreichende Vere

hängigkeit, die sie mit als Vaterlandslosigkeit anrechneten, als notwendig anzuerkennen. Sie hatten nämlich in diesen Tagen (vom 15. bis 19. November) in Paris einen internationalen Kongress der Bauunternehmer ab. Die Anregung dazu ist von Frankreich ausgegangen. Der deutsche Arbeitgeberbund hat, wie das „Zentralblatt“ schreibt, erst auf wiederholte und eindringliche Vorstellungen des Kongressausschusses die Besichtigung beschlossen. Seine Bedenken müssen wohl alle zerstreut sein, wie die eben zitierte Begründung vermuten läßt. Der Bund wird durch Herrn Richard Schlegel vertreten sein, der auf dem Kongress ein Referat über die bausewerbslichen Unternehmerorganisationen halten wird. Zum großen Leidwesen des „Zentralblatt“ soll auf dem Kongress nur französisch gesprochen werden; der „Patriotismus“ unserer Unternehmer reicht noch nicht einmal so weit, diese unflüssige und unmaßgebende Anordnung ihrer französischen Kollegen zu befehligen. Ob die Franzosen wohl an einem in Deutschland tagenden Kongress teilgenommen hätten, wenn dort nur deutsch verhandelt werden dürfte?

Auf die Verhandlungen selbst kommen wir noch zurück.

Aus anderen Berufen.

Vom „guten Ton“ der Christlichen. Das Organ der katholischen Fachabteilungen, „Der Arbeiter“, vom 8. November berichtet über eine Veranlassung in der lothringisch-luxemburgischen Grenzstadt Dübelling, die für die christlichen Bergleute einberufen war und in der ein christlicher Agitator namens Hoffmann das Referat hielt. Den Bericht im „Arbeiter“ über die Veranlassung geben wir im Wortlaut wieder:

Vor einigen Tagen nun wurde wieder in der Nachbarnstadt Dübelling eine Versammlung der christlichen Bergleute angekündigt, und zwar für 7 Uhr abends. Als die Versammlung aber um 8½ Uhr eröffnet wurde, wurde sie als eine geschlossene Versammlung bezeichnet. Der erscheinende Arbeitersekretär Klepper und mit ihm zwei Herren Kapläne aus Dübelling erhielten zu der geschlossenen Versammlung eine Einladung, die auch angenommen wurde.

Ein Herr Hoffmann, angeblich früher Bergmann, jetzt freigeistlicher Beamter, hielt das Referat über die Notwendigkeit der Organisation, ja, wie er ausdrücklich betonte, unglücklichen Streik der Bergleute in Lothringen, bei welchem er getötet und dann freigeschossen worden sei. Zum Schluß forderte er dann die sieben Arbeiter auf, der christlichen Gewerkschaft beizutreten.

Jetzt meldete sich Arbeitersekretär Klepper zur Diskussion. Eingangs derselben erwähnte er, daß der Referent so oft den Ausdruck christliche Gewerkschaft gebraucht habe, aber seine Definition gegeben habe. Da der Referent dies unterlassen, gab der Arbeitersekretär eine Erklärung des Wortes Gewerkschaft. Wir verstehen darunter die beruflichen Interessenvertretungen der Arbeiter. Sie sind auch notwendig, damit hat der Referent recht, die Arbeiter aufzufordern zur Organisation in einer Gewerkschaft, in einer Interessenvertretung, wie sie die anderen Berufsstände ebenfalls haben. Wie oft haben wir ja in der letzten Zeit ebenfalls die Arbeiter aufgefordert, sich zu organisieren, um in dieser Weise ihre Interessen vertreten zu können, da bis heute keine der einzelnen unmöglich ist.

Auch christlich soll die Organisation sein, die Gewerkschaft soll bei ihren wirtschaftlichen Bestrebungen die christlichen Grundsätze zur Grundlage ihrer Tätigkeit machen. Ist dies der Sinn, der in dem Worte christliche Gewerkschaft liegt? Wenn ja, so fragen wir, wo finden wir die christlichen Grundsätze rein und unversäfft erhalten? Wer ist der Lehrer und Hüter des christlichen Sittengebietes?

Bei diesen Worten sprang der Vorsitzende der Versammlung am Vorstandsitz auf und rief: Sie sind ein Facharbeiter. Sie kommen auf Religion zu sprechen, ich entziehe Ihnen das Wort. Wie auf ein Wort sprangen folgende einige der Zuhörer auf. Der Referent Hoffmann rief: Ich bin Protestant, ich verbitte es mir, daß Sie von positiv christlichen Grundsätzen reden.

Zugleich stürmten Vorsitzender, Referent und ihre Begleiter ein Geschrei an, daß man glauben konnte, unter eine Bande Vandalen geraten zu sein. Nachdem sich der Tumult etwas gelegt, bemerkte einer der Herren Pfarrer: „meine Herren, ich glaube doch, Sie tun unrecht, wenn Sie sagen, das gehöre nicht hierher.“ Auf aus der Versammlung: „Auch noch die Herr Su... pfaff!“ Jetzt laut vom Vorstandsitz: „Schmeißt doch diese Pfaffen heraus!“ was haben sie hier in unserer Versammlung zu tun, die gehören in die Kirche, nicht zu uns Arbeitern.

Der Vorsitzende, sich an Klepper herandrängend, sagte: „Auch Sie werden herausgeschmissen“, packte den Arbeitersekretär am Hals, suchte ihn zu würgen und hinauszudrängen, wobei ihm andere hilfreiche Hände leisteten.

Nachdem der Lokalvorstand vermittelnd eingegriffen und die Ruhe einigermaßen zurückgekehrt war, bemerkte Klepper dem Vorsitzenden: „Ich hätte geglaubt, Gewerkschaftler, die sich christlich nennen, hätten wenigstens Achtung vor dem geistlichen Klerus; ich habe mich schwer geärgert, ich schäme mich für Sie.“

Auf des Vorsitzenden: „Ein Pfaff oder ein Sch...“

Darauf wieder großer Tumult. Unter diesen Umständen wollten die Christlichen nicht mehr zugegen sein und haben den Arbeitersekretär mit ihnen die Versammlung zu verlassen. Beim Verlassen, dies zu tun, wurde der Arbeitersekretär noch sowohl vom Vorsitzenden wie von dessen Begleitern angehalten, mit Pfaffen und Zuhörern traktiert, bis er die Tür des Lokals hinter sich hatte. Auch wurde der Arbeitersekretär dabei an einer Hand leicht verletzt.

Wessen Geistes Kind diese christlichen Gewerkschaften sind, hat diese Versammlung zur Genüge bewiesen. Wenn in Luxemburg es bis dahin vielleicht noch Leute gab, die für christliche Gewerkschaften eine Lauge zu brechen bereit waren, so hat auch diesen die geistige Versammlung die Augen geöffnet. Das Schicksal derselben ist hier besiegelt. Sie werden weder Unterstützung noch Anhänger finden.

Das sind die Leute, die sich zur „Bereicherung der Arbeiterbewegung“ berufen fühlen!

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber ist eine der bösesten Begleiterscheinungen des Systems der Einführung und der Ausbeutung solcher Arbeiter. Schon öfter haben wir die Tatsache einer Kritik unterzogen, daß die Polizei im Interesse des Unternehmertums den ausländischen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht zugestehen, obwohl sie es nach Sinn und Wortlaut des § 152 der Reichs-Gewerbeordnung genau so haben wie die inländischen Arbeiter. In diesem Paragraphen wird nicht unterschieden zwischen Deutschen und Ausländern. Es ist dem Gesetzgeber nicht eingefallen, die ausländischen Arbeiter in diesem Punkt schlechter stellen zu wollen als die inländischen. Das Koalitionsrecht ist zuzufügen das einzige Recht, auf dessen Grundlage und durch dessen Ausübung ein befriedigendes Verhältnis zwischen den inländischen und den ausländischen Arbeitern herbeigeführt werden kann. Letztere müssen gemeinschaftlich mit ersteren in der gewerkschaftlichen Organisation ihre Interessen gegenüber dem Unternehmertum vertreten. Aber sobald das geschieht, fällt ja für das Unternehmertum die Voraussetzung hinweg, unter der es die Heranziehung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter betreibt. Diese sollen ihm dazu dienen, die Arbeiterorganisation zu bekämpfen. Und da kommt ihm die Polizei zu Hilfe; sie weist völlig willkürlich solche ausländischen Arbeiter, die sich in durchaus legaler Weise an der gewerkschaftlichen Organisation und Propaganda ihrer Berufsgenossen beteiligen, als „lästige“, die „Ordnung und Sicherheit gefährdende“ Elemente aus. Das ist ein unerhörter Zustand. Ausländer dürfen nach Deutschland kommen, um zu arbeiten, und erst recht dürfen sie als „Freiwilliger“ kommen, sich als solche in rechtsstaatlicher Weise betätigen, aber wenn sie in Gemeinschaft mit ihren ausländischen Berufsgenossen das Koalitionsrecht ausüben, ist kein Platz für sie auf deutschem Boden, dann werden sie im Namen der „Ordnung“ polizeilich zwangsweise abgehoben.

Die Unternehmer sich diese Polizeipraxis zu mißbrauchen können, liegt geradezu drauf, daß sie sich in der Tat mißbrauchen ereignete. Dort lag die hannoversche Fabrikfirma Ludwig Lange umfangreiche Kanalarbeiter ausführen, zu denen sie zahlreiche ausländische Arbeiter herangezogen hat. Am 1. Oktober kam ein gewisser Herr Kraus, ein Arbeiter und der genannten Firma über die Dauer des abgeschlossenen Kontraktes zu Auseinandersetzungen. Während die Arbeiter behaupteten, daß mit dem 1. Oktober der Kontrakt abgelaufen sei, behauptete die Firma, daß er bis zum 1. Dezember 1908 gälte. Der Arbeitersekretär trat ein, um das die Ausländer wandern, welche sich mit der Firma in Verbindung und erhielt daraufhin eine Antwort, in der behauptet wurde, daß die Arbeiter im Unrecht seien, der Vertrag verpflichte sie tatsächlich bis zum 1. Dezember. Am Schluß der Antwort heißt es:

„Ich empfehle den Leuten nur, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, andernfalls ist für sofortige Ausweisung dieser Arbeiter Schritte unternommen werde.“

Diese Drohung läßt sich nur daraus erklären, daß derjenige, der sie niedergeschrieben hat, der Ansicht ist, ein ausländischer Arbeiter habe keinen Schutz gegen Ungerechtigkeiten. Wir haben es hier ganz offenbar mit dem Versuch einer Kollaboration zu tun, die sich nach § 253 des Strafgesetzbuches als „Erfassung charakterisiert und mit Gefängnis zu bestrafen ist. Es ist bekanntlich schon oft vorgekommen, daß man Vertreter der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation sehr zu Unrecht wegen „Erfassung“ gerichtlich zur Verantwortung gezogen und bestraft hat, weil sie Unternehmern für den Fall der Nichtbefolgung gewisser Forderungen Streik oder Sperre angedroht hatten. Man vergleiche das mit der hier in Rede stehenden Drohung eines Unternehmers ausländischen Arbeitern gegenüber; fügen sie sich nicht der Auffassung und dem Willen des Unternehmers, so wird dieser ihre Ausweisung veranlassen. Das ist etwas im preussischen Kulturstaat möglich ist, läßt das, was man als „Rechtsicherheit“ nennt, wahrlich nicht in günstigem Lichte erscheinen. Es ist die höchste Zeit, daß der Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter ein Ende gemacht wird. Mögen die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage und in den Landtagen sich dieser Sache gütigst annehmen. Es ist wohl zu beachten, daß der geschriebene Zustand nicht nur ein Unrecht gegen die ausländischen Arbeiter bedeutet, sondern daß unter seinen Wirkungen auch die inländischen Arbeiter zu leiden haben. Je mehr erbitterte willkürlicher Behandlung durch Polizei und Unternehmertum ausgeübt wird, je mehr diejenige die dem Mißbrauch gegen die berechtigten Interessen der inländischen Arbeiter.

Briefkasten.

Der alte Bismarck von 1869 hat seinem Freunde J. Köhler mit dem Lebenszeichen eine große Freude gemacht. Herzlichen Gruß! Ruch-Ludwig, A. Th. Das Mädchen kann auf der alten Stelle nur dann bleiben, wenn die neue Dienstherrenschaft damit einverstanden ist. Wie kann das Mädchen sich aber auch auf zwei Stellen zu gleicher Zeit verpflichten!

Wissia I. P. Zum Abschied nicht geeignet.

Mit-Ordnung, Dausig, Frankfurt a. M., Stuttgart. Die zum Teil recht umfangreichen Verkäufe trafen erst Montag vormittag ein und mußten darum zurückbleiben.

M. B. Die Kasse gewährt für künftigen Jahressatz eine einmalige Beihilfe im Betrage bis zu M. 30, für die Erneuerung und Ausbesserung, jedoch gewordener künftlicher Gebisse müssen die Mitglieder selber aufkommen und die Kosten dafür aus ihren eigenen Mitteln bezahlen.

Oederan, O. M. 100. Es kommt ganz darauf an, was das Statut für beratende Fälle bestimmt; in der Regel dürfte prätorialistische Hilfe wohl an die Vermittlung des Vorstandes gebunden sein; ist solche dringend notwendig, wird sie auch wohl nie verweigert werden; geschieht dies dennoch, so muß man sich mit einer Beschwerde an die Aufsichtsinstanzen des Vorstandes wenden.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsangelegenheiten sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beile soll 12 A.)

Berlin. Am 6. November starb unser Verbandsmitglied Gustav Werth im Alter von 59 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 7. November starb unser Mitglied Friedrich Nitschke im Alter von 82 Jahren an Lungenanomalie. — Am 10. November starb unser Mitglied August Fleisch im Alter von 81 Jahren an Lungenentzündung. — (Sektion der P. u. G.) Am 11. November starb unser Mitglied Aug. Norreisch im Alter von 50 Jahren. — Am 12. November starb unser Mitglied Franz Lehmann im Alter von 64 Jahren an Speiseröhrentumor.

Cöln. Am 12. November starb nach langer Krankheit das Mitglied Th. Kerschgen im Alter von 58 Jahren an Speiseröhrentumor.

Dresden. Am 3. November starb unser Verbandsmitglied Ernst Eht aus Schandau im Alter von 58 Jahren an Lungen- und Kehlkopfgeschwulst. — Am 8. November starb unser Verbandsmitglied August Häschen im Alter von 59 Jahren an Lungenanomalie und Nippenfellentzündung.

Düsseldorf. Am 8. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Wilhelm Hinz im Alter von 82 Jahren an Nierenleiden.

Hinsburg. Am 10. November verließ nach langem schwerem Krankenlager unser neues Mitglied Heinrich Clausen im 69. Lebensjahre.

Frankfurt a. M. Am 12. November starb nach fünfjährigem schwerem Leiden unser treuer Kollege Joh. Zimmermann an Rheumatismus und Asthma.

Breth. Am 11. November starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Detlev Bransh im Alter von 78 Jahren an Darmkrebs.

Dachau. Am 9. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Paul Heene im Alter von 47 Jahren an Lungenanomalie.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Ewigkeit“.

Zahlstelle Cöln a. Rh.

Unser Lokal ist von Bachem, Großer Griechenmarkt, nach dem Volkshaus, Eberstr. 197—199, verlegt worden. Zahlungseinstellung jeden Samstagabend von 7½ bis 9½ Uhr. [M. 2,10]

Kollege Karl Specht (Verb.-Nr. 23.609), wird dringend aufgefordert, seine Adresse an Heinrich Quack, Offen a. d. Ruhr, Friedrichstr. 17, gelangen zu lassen, da er als Entlastungszeuge vernommen werden soll. [M. 1,20]

Der Kollege Jakob Herzog, der im Jahre 1904 in Hannover und im Jahre 1905 in Cassel war, wird gesucht, weil er als Zeuge vernommen werden soll. Herzog ist verheiratet. Für die Angabe der Adresse werden M. 3 vergütet.

W. Wallbrecht, Ingenieur, Cassel, Landwehr 18.

[M. 1,80]

Alle Verbandskassierer, die den Aufenthalt des Mannes Walter Gold aus Kiel kennen, bitte ich um Mitteilung. Fr. Ivers, Schleswig, Friedrichstr. 106.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 21. November.

Bergedorf. Wenig 8 Uhr bei Otto Wandte.

Samstag, den 22. November.

Hamburg. (Bemerkung und Kunsthandwerker.) Nachm. 1½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Kolzig. I. Schl. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Hofmann in Gellmersdorf. Abschied anwesend. Mitglieder sind mitzubringen.

Luckenwalde. Nachm. 3½ Uhr. Bei der gemeinsamen Versammlung bei Frau Gerhards.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Samstag, den 29. November.

Langenwetzendorf. Nachm. 6 Uhr bei Sporn.

Soran i. d. M.-L. Bern. 10 Uhr in der „Hofa“. Wähler sind mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Samstag, den 22. November.

Luckenwalde. Nachm. 2—3 Uhr bei Herrn. Schumann. Beyer. Termin für die Abholung der Wähler.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagshaus Auer & Co. in Hamburg.